

# Gemeinderat Adliswil

## Protokoll der 26. Plenumsitzung vom 17. Dezember 2008

18.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

---

**Anwesend** Ratspräsidentin Barbara Häberli  
33 Ratsmitglieder  
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll  
Ratsweibelin Lydia Schumacher

**Entschuldigt  
abwesend** 2 Ratsmitglieder

### Präsenz der Exekutivbehörde

<b>Stadtrat</b>	Harald Huber	Stadtpräsident
	Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
	Mario Fehr	Jugend, Freizeit, Sport
	Stephan Herzog	Soziales
	Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
	Walter Müller	Finanzen
	Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
	Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt
	Patrick Stutz	Werke

<b>Schulpflege</b>	Rita Rapold	Schulpräsidentin
--------------------	-------------	------------------

## **Geschäfte**

### **1. Mitteilungen**

#### **2. Finanzplan 2008 - 2012 (SRB 276/08)**

Aussprache und Kenntnisnahme

#### **3. Budget 2009 (SRB 277/08)**

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2009, des Gemeindesteuerfusses sowie des Stellenplanes

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

#### **4. Motion betr. Einsparungen 2009 (SRB 278/08)**

Bericht und Antrag des Stadtrates auf Abschreibung der Motion von Roger Neukom und 3 Mitunterzeichneten vom 27. Februar 2008 betr. Einsparungen 2009

#### **5. Änderung der Organisation der gemeinderätlichen Kommissionen**

Antrag der Kommission Reform auf Änderung der Organisation der gemeinderätlichen Kommissionen

#### **6. Abwanderung von Kaderleuten**

Interpellation von Susy Senn betr. Abwanderung von Kaderleuten, Begründung

#### **7. Energiebuchhaltung**

Interpellation von Yannick Wettstein betr. Energiebuchhaltung/Kredit des Stadtrates über 15'000 Franken, Begründung

## **1. Mitteilungen**

### **1.1 Entschuldigungen**

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Peter Barmettler	berufliche Verpflichtung
Ruedi Bräuer	berufliche Verpflichtung

### **1.2 Dank an das Hauswarts-Ehepaar Astrid und Milan Babuscka**

Die Ratspräsidentin dankt im Namen des Gemeinderates Astrid und Milan Babuscka für ihren vorbildlichen Einsatz im Rahmen der Gemeinderatssitzungen und überreicht ihnen ein Geschenk, verbunden mit den besten Wünschen fürs 2009.

### **1.3 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates**

Die Beschlüsse des Gemeinderates von der Sitzung vom 5. November 2008 haben Rechtskraft erlangt.

### **1.4 Überweisungen an die RGPK**

Am 30. Oktober 2008 wurde überwiesen:

- Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets 2009, der Globalbudgets 2009, der Festsetzung des Gemeindesteuerfusses sowie des Stellenplanes

Am 1. Dezember 2008 wurde überwiesen:

- Antrag der Schulpflege und Empfehlung des Stadtrates auf Genehmigung der Bauabrechnung der Schulanlage Kronenwiese
- Antrag des Stadtrates betr. Liegenschaft Zürichstrasse 12, Kauf durch die Pensionskasse und Miete durch die Stadtverwaltung und Verabschiedung der Weisung zur Urnenabstimmung

### **1.5 Mitteilungen aus dem Stadtrat**

#### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Die Schule und die Stadt haben letzte Woche die Verhandlungen zur Bildung eines gemeinsamen Pools für die Verwaltung der Liegenschaften erfolgreich abgeschlossen. Der Pool umfasst insgesamt 350 Stellenprozente, die Stadt hat 250 % und die Schule 100 % . Geleitet wird der Pool von den beiden Liegenschaftsverwaltern, die einen optimalen Einsatz der verschiedenen Fachkräfte durch Koordination sicherstellen. Die Zusammenarbeit wird in einem separaten Vertrag zwischen der Stadt und der Schule geregelt. Der Stadtrat hat dem Vertrag gestern zugestimmt. Die Schule wird den Vertrag gemäss Aussagen der Schulpräsidentin an der Schul-

pflegesitzung vom 29. Januar 2009 genehmigen. Wenn dies erreicht ist, haben wir einen ersten wichtigen Schritt im Liegenschaftsbereich getan; wir sparen mit dem gemeinsamen Pool 100-Stellenprozente ein. Ich danke der Schulpräsidentin und dem Finanzvorstand der Stadt Adliswil, dass sie diese Regelung möglich gemacht haben.

### **1.6 Protokoll**

Zum Protokoll vom 5. November 2008 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

### **1.7 Nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Mittwoch, 4. Februar 2009 statt.

### **1.8 Traktandenliste**

Die Ratspräsidentin teilt mit, dass die Interpellation von Susy Senn betr. Abwanderung von Kaderleuten mündlich beantwortet wird.

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

## 2. Finanzplan 2008 - 2012 (SRB 276/08)

Aussprache und Kenntnisnahme

### Eintretensdebatte

#### Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Der Stadtrat ist verpflichtet, für die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Gemeindehaushaltes entsprechende Angaben zusammenzustellen, und er erfüllt dies mit dem Finanzplan, der dem Stadtrat gleichzeitig als Führungsinstrument dient. Dem Gemeinderat zeigt der Finanzplan Prognosen im Finanz- und Investitionsbereich auf. Insbesondere gibt er Aufschluss darüber, welche Prioritäten der Stadtrat den einzelnen Investitionen beimisst. Der Finanzplan dient auch zur Beurteilung des Budgets und dem damit verbundenen Stellenplan.

Schon in den beiden Vorjahren hat die RGPK gesagt, dass die Finanzlage der Stadt Adliswil eng sei. Der nun vorliegende Finanzplan kann kurz umschrieben werden mit „Silberstreifen am Horizont“. In den letzten fünf Jahren haben sich Ertrag und Aufwand gegenläufig entwickelt, d. h. der Aufwand wuchs um durchschnittlich 4 % pro Jahr, alleine im Sozialbereich sogar um 6 %, und der Ertrag ist kontinuierlich gesunken. Der Stadtrat rechnet nun mit mehr Steuereinnahmen in den kommenden Jahren einerseits durch längst fällige Steuerauscheidungen bei den Unternehmenssteuern und andererseits durch Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger. Aufwandseitig will der Stadtrat durch weitere Sparmassnahmen im Umfang von rund 2 Mio. Franken jährlich die laufende Rechnung weiter entlasten. Auftretende Finanzierungslücken sollen weiterhin teilweise durch Buchgewinne aus Veräusserungen aufgefangen werden. Für die gesamte Planperiode 2008 – 2012 werden positive Cashflows von 33 Mio. Franken prognostiziert.

Unsere Wirtschaft steht mitten in einer Finanzkrise und am Anfang einer Rezession. Dies wird sich auf den Gemeindehaushalt auswirken. Treffen wird es die Einnahmenseite durch verminderte Steuereinnahmen bei den juristischen wie privaten Personen. Auswirkungen haben dürfte es einmal mehr auch bei den Sozialausgaben. Werden nicht weitere Anstrengungen auf der Aufwandseite unternommen, ist deshalb weiterhin nicht mit einer ausgeglichenen Finanzlage zu rechnen.

Die Situation beim Eigenkapital wird sich kurzfristig etwas entspannen aufgrund des voraussichtlichen Erfolges des laufenden Jahres mit dem ausserordentlichen Buchgewinn bzw. Ertrag aus dem Verkauf der Gasversorgung und den zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung des Steuerfusses.

Es sind Steuer finanzierte Investitionen in der Höhe von 29 Mio. Franken geplant. Dank der Buchgewinne übersteigen die erwarteten Cashflows die Nettoinvestitionen leicht, es wird sogar mit einem Finanzierungsüberschuss von rund 3 Mio. Franken gerechnet, was einem Selbstfinanzierungsgrad von 113 % entspricht. Anders sieht es bei den Investitionen der Gebühren finanzierten Betriebe aus. Ausser im Bereich der Abfallentsorgung sind hohe Investitionen geplant von insgesamt fast 37 Mio. Franken. Obwohl ab 2009 in allen Bereichen ein positiver Cashflow erreicht werden soll, können die hohen Investitionen voraussichtlich nur etwa zur Hälfte aus laufend erwirtschafteten Cashflows finanziert werden. Durchschnittlich wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von nur 56 % ge-

rechnet, was aus Sicht der RGPK nicht zu verantworten ist. So besteht die Gefahr, dass die Eigenwirtschaftlichkeit mittelfristig nicht mehr gewährleistet sein könnte. Die hohen geplanten Investitionen für die Alterssiedlung im Tal können sogar nur zu 24 % selbst finanziert werden. Hier wird sich der Stadtrat etwas einfallen lassen müssen. Zur Deckung des Finanzierungsdefizits von rund 16 Mio. Franken müssen neue Kredite beansprucht werden, was zu höheren Kreditzinsen und damit zwangsläufig zu höheren Gebühren führen muss.

Der Stadtrat hat sich als finanzpolitisches Ziel einen Selbstfinanzierungsgrad von 50 % gesetzt, was nach Meinung der RGPK zu tief ist. Ein gesunder Finanzhaushalt müsste einen Selbstfinanzierungsgrad von durchschnittlich 100 % voraussetzen. Ein Grossteil der geplanten Investitionen ist Nachholbedarf und wird zumindest bei den Gebühren finanzierten Bereichen fremdfinanziert. Dabei fallen hauptsächlich Wasser- und Abwasserleitungen ins Gewicht. In der Planperiode werden mit 29 Mio. Franken durch Steuern finanzierte Investitionen gerechnet. Davon sind rund 20 Mio. Nachholbedarf. Fast 50 % des Nachholbedarfs fällt auf die Schulliegenschaften. Entlastet wird der Finanzplan durch die kürzlich vom Gemeinderat gestrichenen Vorhaben „Sihluferweg“ und den Zusatzkredit für die Parkanlage Lebern-Dietlimoos.

Der Silberstreifen am Horizont darf also nicht über die nach wie vor vorhandenen Probleme der Stadt Adliswil hinweg täuschen. Es wird jährlich immer noch mehr Geld ausgegeben als eingenommen, wenn auch nicht mehr so drastisch wie in den letzten Jahren, und wenn auch mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung angestrebt wird. Der Stadtrat ist mit der Entwicklung der laufenden Rechnung im Finanzplan und seinen Investitionen sicher auf dem richtigen Weg. Gelöst ist das Problem jedoch noch nicht. Besonders nachdem die freiwilligen Ergänzungsleistungen für die nächsten Jahre wieder im Budget eingestellt werden müssen, ist eine weitere Reduktion der Aufwendungen in der laufenden Rechnung unbedingt nötig. Immer noch sind die Ausgaben pro Einwohnerin und Einwohner im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden im Kanton insbesondere für die Gesundheit und die Soziale Wohlfahrt überdurchschnittlich hoch. Um das Finanzproblem in den Griff zu bekommen, sind diese Aufwendungen in allen Bereichen in der Planperiode weiter zu reduzieren. Der Stadtrat rechnet in der Planperiode ohne Steuererhöhung und teilweise ohne ausserordentliche Einnahmen. Da sich die ganze Lage aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren schnell wieder verschlechtern kann, muss der Stadtrat insbesondere dem Abbau der Schulden grössere Beachtung schenken. Der Silberstreifen am Horizont soll Adliswil's Zukunft weiter erhelten und nicht wieder verschwinden.

### **Stadtrat Walter Müller:**

Der Finanzplan gilt als Grundlage für die Finanz-, Investitions- und Steuerfusspolitik. Der Finanzplan 2008 bis 2012 zeigt auf, dass aus heutiger Sicht eine Trendwende zu einem positiven Finanzhaushalt in Sicht ist. Die finanzpolitischen Zielsetzungen für die rollende Fünf-Jahresplanung sind nach wie vor:

- ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50 %
- Beibehaltung des Steuerfusses von 110 %
- realisierbare Investitionen von ca. 20 Mio.

Auch wenn die Zahlen fürs 2009 und 2010 schwarz sind, so sieht man, dass ab 2011 einiges getan werden muss, damit die negativen Vorzeichen zu positiven werden. Wir

haben in den letzten Jahren viel im Lebern-Dietlimoos investiert, aber auch das sogenannte alte Adliswil - das Zentrum - darf nicht zu kurz kommen. Deshalb haben wir in den nächsten Jahren viel für die Attraktivitätssteigerung im Zentrum vorgesehen. Aber auch bestehende Bauen wie Schulhäuser, wo einige Investitionen anstehen, dürfen nicht vernachlässigt werden.

**Thomas Fässler:**

Gemäss Finanzpolitischer Zielsetzung des Stadtrates soll der Selbstfinanzierungsgrad für die Planperiode jedenfalls 50 %, idealerweise 100 % betragen. Da wir auch die vergangenen Jahre nicht auf Rosen gebetet waren, ist die minimale Zielsetzung von 50 % aus unserer Sicht falsch. Nur die hohen ausserordentlichen Einnahmen führen zu einem positiven Cashflow. Bei den Gebührenfinanzierten Betrieben sollen gemäss Finanzplan für 16 Mio. Franken neue Kredite aufgenommen werden. Dies ist umso erschreckender, weil die grossen Investitionen im Gebiet Lebern-Dietlimoos grösstenteils abgeschlossen sind. Dieser Umstand sollte bis zum nächsten Finanzplan unbedingt geklärt und korrigiert werden.

Die ersichtlichen Steuereinnahmen auf Seite 7 des Finanzplans scheinen mir etwas optimistisch. Natürlich wusste man bei der Erstellung noch nichts von einer drohenden Rezession, aber dennoch erachten wir die erwarteten Einnahmen als sehr hoch. So sollen im Jahr 2012 ca. 10 Mio. mehr an ordentlichen Steuern Rechnungsjahr eingenommen werden. Ein kleines nicht fundiertes Rechenbeispiel: Die 10 Mio. sollen wahrscheinlich mehrheitlich von den erwarteten 1'500 Neuzuzüglern generiert werden. Dies gäbe eine Steuerkraft von mehr als 5'000 Franken pro Person. Der entsprechende Wert für Adliswil liegt heute bei etwas mehr als 2'500 Franken. Natürlich wird der Wert in einem neuen Quartier höher liegen, es sind aber auch Familien zu erwarten, die den Schnitt drücken.

Die CVP erwartet eine kritische Prüfung dieser Fakten und eine Korrektur im nächsten Finanzplan. Dann sollten auch die Auswirkungen der geplanten Reform des Zürcher Finanzausgleiches und der geplanten Steuergesetzänderung klarer sein, und es kann die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt werden.

**Robert Wälle:**

Die EVP-/FDP-Fraktion hat festgestellt, dass der Finanzplan 2008 - 2012 mit sehr vielen Imponderabilien versehen ist. Nach wie vor bestehen Unklarheiten, wie der Geldfluss der Stadt Adliswil in den kommenden Jahren erfolgen wird, und zusätzlich werden grössere geplante Investitionsobjekte den Finanzplan belasten. Ich denke an die Begehrlichkeiten unserer Schule (Sanierung der Schulhäuser und Neubau eines Schulhauses im Dietlimoos) und an die überdurchschnittlichen Ausgaben im Sozialen. Auch sehe ich grosse Begehrlichkeiten des Ressorts Tiefbau. Die finanzielle Ausgangslage der Stadt Adliswil ist gemäss Budget 2009 nicht optimistisch, aber in der Prognose des Finanzplanes bestehen für die laufende Rechnung 2008 - 2012 Einnahmeposten, die aufgrund der aktuellen Finanzlage vor allem bei einem unserer Hauptsteuersubjekte sehr optimistisch sind. Wir fragen uns, ob dieser Ertragsposten in den Jahren 2008 - 2012 fehlen könnten. Allfällige Finanzlücken könnten nur noch mit Buchungsgewinnen oder Veräusserungen aufgefangen werden. Dabei ist zu beachten, dass das Tafelsilber fehlen wird. Wir sind uns bewusst, dass sich bei einem ständig negativen Rechnungsverlauf das in den letzten Jahren geäußnete Eigenkapital reduzieren wird. Die fehlenden Mittel zusätzlich

mit erhöhten Steuern wieder einzutreiben, steht bei uns nicht zur Diskussion. Sollte der Stadtrat planen, den Rückgang des Nettovermögens mit Steuern aufzuhalten, sind die politischen Grenzen der Staatsverschuldung miteinzubeziehen.

Der Stadtrat tut gut daran, diese Signale ernst zu nehmen und nicht nur mit erhöhten Steuern zu versuchen, die anstehende Verschuldung zu verhindern. Unser Finanzhaushalt soll zusätzlich mit Kürzungen und dem Abbau von nicht lebensnotwendigen Leistungen, unterstützt mit einer signifikanten Ausgabenbremse, die mittel- und langfristigen Mittel sichern. Es darf nicht sein, dass der Staat gezwungen wird, das weitere Ausgabenwachstum nur über den Kreditmarkt zu finanzieren. Die Grenzen dieser Art von Finanzierung sind aufgezeigt. Solche zu einem immer grösser werdenden Teil durch staatlichen Konsum entstehenden Ausgaben wie Bürokratie, Freizeitangebote, Beraterhonorare, Sozialleistungen und Zinsendienst sind zwar politisch angenehme Verhaltensweisen der Exekutive und ebenso der Legislative, können aber langfristig problematisch werden. Eine weitere Verschuldung würde auch zusätzlich jährlich eine erhöhte Zinsbelastung verursachen und dadurch den Finanzhaushalt belasten. Der Stadtrat betrachtet den Finanzplan als ein wichtiges Führungsinstrument. Wir würden es begrüßen, wenn er dieses Instrument vermehrt konsultieren würde.

### **Detailberatung**

keine Bemerkungen

Somit hat der Gemeinderat den Finanzplan 2008 – 2012 zur Kenntnis genommen.

### **3. Budget 2009 (SRB 277/08)**

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2009, des Gemeindesteuerfusses sowie des Stellenplanes

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

#### **Eintretensdebatte**

##### **Susy Senn, Präsidentin der RGPK:**

Das Budget 2009 liegt zum ersten Mal in veränderter Form vor. Fast alle Abteilungen der Stadtverwaltung werden nun mit Globalbudgets geführt. Im nächsten Jahr werden auch noch die zwei letzten Budgets Soziales und Schule in Globalbudgets überführt. Der Gemeinderat hat zum ersten Mal kein Detailbudget nach Konten mehr erhalten. Die neue Darstellung des Budgets 2009 ist so aufgebaut, dass Leistungen und Kosten miteinander verknüpft sind. Nebst diversen Übersichten in verschiedenen Detaillierungsgraden über den Finanzhaushalt, werden die Bereiche mit Globalbudget mit Zielen, Indikatoren und einem aufgeschlüsselten Finanzteil dargestellt. Hat sich diese Art der Budgetierung einmal etabliert, und sind weitere Jahresvergleichszahlen vorhanden, ist diese Art der Budgetierung sicher ein wertvolles Instrument für den Gemeinderat. Es wird dann ersichtlich sein, welche Leistungen erbracht werden und was sie kosten. Die Kosten-/Leistungsrechnung erlaubt auch bessere Vergleiche mit anderen Gemeinden. Es ist unumgänglich, auf das Budget 2010 hin, wenn alle Bereiche mit Globalbudgets geführt werden, eine Vollkostenrechnung zu führen. Auf dieser Vollkostenrechnung wird die RGPK nach Abschluss der Umstellung auf Globalbudgets bestehen.

Die RGPK hat zusätzlich auch die Einzelkonti der Finanzbuchhaltung erhalten. Um die Rechnungsprüfung gesetzeskonform vornehmen zu können, ist dies auch weiterhin erforderlich. Die Überführung von den Budgetzahlen der Finanzbuchhaltung in die Betriebskostenrechnung ist nicht einfach nachzuvollziehen und es sind zusätzliche Unterlagen benötigt worden. Die RGPK bedankt sich bei Stadtrat Walter Müller, dem Leiter Ressort Finanzen Rocco Rotonda und dem Leiter Controlling Willi Rohrer für ihre Bereitschaft, in kürzester Zeit die nötige Transparenz durch zusätzliche Unterlagen zu schaffen.

Durch die sehr späte Abgabe des Budgets an die RGPK (am letzten gesetzlich zulässigen Termin vom 31.10.) hatte die RGPK im November ein immenses Pensum zu bewältigen. Deshalb ist die RGPK beim Stadtrat vorstellig geworden, die Terminierung bei der Budgetierung unbedingt zu überarbeiten und die Verabschiedung z. Hd. des Gemeinderates früher anzusetzen. Damit sollte zukünftig die Dezember-Sitzung des Gemeinderates wie üblich am ersten Mittwoch im Monat stattfinden können.

Die RGPK hat sich bei den Globalbudgets hauptsächlich auf die Prüfung der Saldis und die Bewertung der Kennzahlen konzentriert. Die allgemeinen Abweichungen zum letzten Jahr sind hinterfragt und rechnerisch überprüft worden. Miteinbezogen worden ist die wirtschaftliche Vertretbarkeit der zusätzlichen Ausgaben. Diese Aufgabe war nicht sehr leicht, da gerade bei den neuen Globalbudgets teilweise Vergleichszahlen fehlen. Die Budgets der Ressorts Soziales und Schule sind zum letzten Mal wie früher anhand der Zahlen in der Finanzbuchhaltung geprüft worden.

Die RGPK hatte gemäss Abmachung auch die Globalbudgets der Produktgruppen Finanzen und Steuern zu prüfen. Die RGPK empfiehlt beide Globalbudgets zur Annahme. Die einzelnen aufgetretenen Fragen haben bereinigt werden können und die vereinbarten Zielen und Indikatoren sollten erfüllt werden können.

Das Gesamtbudget 2009 weist bei einem Aufwand von CHF 132'135'000.-- und einem Ertrag von CHF 133'307'000.-- einen Ertragsüberschuss von CHF 1'172'000.-- auf, der dem Eigenkapital zugeschrieben werden soll. Das Eigenkapital per Ende 2009 betrüge dann voraussichtlich wieder ca. 26 Mio. Franken. Dieses positive Budgetergebnis darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass es nur zu Stande kommt, weil einmal mehr ausserordentliche Erträge anfallen werden. Gemäss Planung erfolgt die Auflösung des Eigenkapitals nach erfolgtem Verkauf der Gasversorgung von 2,6 Mio. Franken erst im ersten Quartal 2009. Daneben soll ein Buchgewinn von 0,8 Mio. Franken aus der Veräusserung eines schmalen Restgrundstückes im Wilackergebiet anfallen. Ohne diese ausserordentlichen Erträge von 3,4 Mio. Franken würde ein Aufwandüberschuss von rund 2,2 Mio. Franken resultieren. Leider wird sich dieser Aufwandüberschuss noch um ca. CHF 400'000.-- verschlechtern, da die Streichung der freiwilligen Gemeindegzuschüsse bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV wieder im Budget eingestellt werden muss.

Generell kann gesagt werden, dass die weiteren Sparbemühungen des Stadtrates von knapp 2 Mio. Franken ersichtlich sind. Diese und weitere Sparmassnahmen sind aus Sicht der RGPK aufgrund der Finanzsituation unumgänglich. Leider belasten jedoch grösstenteils nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegende zusätzliche Aufwendungen von insgesamt 4,4 Mio. Franken das Budget 2009 massiv; hauptsächlich aufgrund höherer Beiträge an Spitäler und die Spitex von 1,5 Mio., an die Volksschulreform von 1 Mio. sowie an die Beiträge bei den Zusatzleistungen zur AHV von 0,5 Mio. Franken. 0,9 Mio. Franken sind für Lohnerhöhungen des Personals geplant: Vorgesehen ist eine teuerungsbedingte Anpassung der Löhne von 1,6 % sowie eine Realloohnerhöhung von 1,5 % leistungsabhängig, gestützt auf Mitarbeiterbeurteilungen. Störend ist für die RGPK, dass der Gemeinderat nur den Ausgleich der Teuerung für seine Entschädigungs- und Sitzungsgelder in Anspruch nehmen will, der Stadtrat und die Schulpflege jedoch trotz fehlender Leistungsbeurteilung den ganzen Lohnanstieg in Anspruch nehmen wollen.

Die prognostizierten Steuereinnahmen von 59,8 Mio. Franken werden um 6,67 Mio. Franken höher budgetiert als im Jahre 2008. Gegenüber der Rechnung 2007 sollen die Steuereinnahmen sogar rund 12,8 Mio. höher ausfallen. Die Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner soll im Jahre 2009 zwischen 3'100 und 3'200 Franken liegen, was in etwa dem Kantonsmittel entspricht. Trotz der beginnenden Wirtschaftskrise erachtet die RGPK die Gemeindesteuern als realistisch budgetiert. Dies aufgrund von gesicherten Zahlen aus Steuerauscheidungen von Unternehmenssteuern früherer Jahre. Die Anstrengungen, die der Stadtrat bei der Ermittlung von realistischen Steuerzahlen bei diesen für Adliswil wichtigen Firmen unternommen hat, verdienen ein grosses Lob der RGPK. Da Unternehmenssteuern immer erst nach zwei bis drei Jahren abgerechnet werden und der Stadt definitiv zufallen, können sie aufgrund der Firmenabschlüsse zukünftig frühzeitig abgeschätzt werden.

Die RGPK hat im Rahmen der Prüfung des Budgets 2009 weitere Fragen an die Ressorts gestellt, die detailliert und zur Zufriedenheit beantwortet wurden. Da dankt die RGPK einmal mehr dem Stadtrat und der Verwaltung für deren kompetente Beantwortung.

Zur Investitionsrechnung:

Im Jahr 2009 sind Investitionen im Verwaltungsvermögen von knapp 17 Mio. Franken geplant. 6,1 Mio. davon sind Steuer finanziert, 10,6 Mio. Gebühren finanziert. Die grössten Investitionsvorhaben betreffen diverse Leitungen im Wasser- und Abwasserbereich, die Sanierung der ARA, den Innenausbau eines Verwaltungsgebäudes, Investitionsbeiträge an Spitäler, die Teilsanierung des Schulhauses Sonnenberg sowie weitere kleinere Beträge für Vorhaben und Projekte im Bereich Schule und Tiefbau. Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Investitionsvorhaben, z. B. für die Umgestaltung der Albisstrasse, für den Soodknoten und für Bushaltestellen im Zusammenhang mit neuen Buslinien im Bereich Lebern-Dietlimoos. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt bei 61 %, was nicht gut ist, aber für einmal akzeptiert werden kann. Die RGPK ist mit der Investitionsrechnung einverstanden.

Zusammengefasst kann gesagt werden: Dank höheren Steuereinnahmen einerseits und Sparbemühungen andererseits weist das Budget einen kleinen Ertragsüberschuss auf, womit das Eigenkapital geringfügig vergrössert und Schulden leicht abgebaut werden können, was zu niedrigeren Schuldzinsen führt. Zwar wird die durch das Volk beschlossene Beibehaltung der freiwilligen Gemeindefürsorge zur AHV/IV die Rechnung wieder stärker belasten und den budgetierten Gewinn reduzieren. Deshalb sind weitere Einsparungen, wie sie der Stadtrat beabsichtigt, unumgänglich, auch um die finanzielle Situation der Stadt Adliswil mittel- und langfristig zu stabilisieren.

Die RGPK empfiehlt einstimmig das Budget 2009 zu genehmigen, dem Steuerfuss von 110 % zuzustimmen und den budgetierten Ertragsüberschuss von 1,172 Mio. Franken dem Eigenkapital zuzuweisen.

Der Stellenplan 2009 sieht gegenüber dem Stelleplan 2008 einen Abbau von 5,5 Stellen vor. Da jedoch durch den Verkauf der Gasversorgung und der Abgabe der Wasserversorgung sechs Personen zur Erdgas Zürich wechseln, resultiert faktisch eine Stellenerhöhung um 0,5 Stellen. Folgende Änderungen beantragt der Stadtrat:

1. Präsidiales: -0,9 Stellen bei der Abteilung Liegenschaften der Stadt
2. Technische Betriebe: Reduktion von 6 Stellen aufgrund des Verkaufs, resp. der Mandatsvergabe Gas-/Wasserversorgung und Aufhebung der vorübergehenden Pensumsreduktion im PSG
3. Sozialen Aufgaben: Pensumsverschiebung von 0,2 Stellen zwischen Soziale Aufgaben und dem Alters- und Pflegeheim
4. Jugend, Freizeit und Sport: 0,2 Stellenreduktion durch Leistungsabbau, bzw. Zielgruppenreduktion
5. Schule/Bildung, Abbau von 0,6 Stellen durch Reorganisation Hauswartung und 2,5 Stellenerhöhung bei den Tagesstrukturen (dieser Stellenausbau wurde von der Volksabstimmung Ende September bewilligt.)

Die RGPK begrüsst die Optimierungen im Stellenplan einzelner Ressorts und empfiehlt dem Gemeinderat, den Stellenplan gutzuheissen.

### **Ruedi Stieger, Präsident der Sachkommission 1:**

Ich beschränke mich auf die Beurteilung von Leistungszielen und Indikatorenwerten. Die Ziele und Indikatoren von den Produktgruppen fürs 2009 sind bereits verabschiedet

worden. Die Sachkommission 1 hält sie für praxistauglich und aussagekräftig.

Bei der Prüfung der Budgets 2009 haben wir detaillierte Einsicht in die Aufgabenbereiche nehmen können. Für die freundliche und bereitwillige Zusammenarbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von diesen Produktgruppen bedanken wir uns herzlich.

#### Produktgruppe Sozialberatung

Die Sachkommission begrüsst, dass das Leistungsziel „Verbesserung der beruflichen und sozialen Reintegration durch Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden zur Förderung der persönlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit“ nach wie vor mit einer Vielzahl von Angeboten kreativ und oft erfolgreich verfolgt wird.

Beim Leistungsumfang hat es erfreulicherweise eine Stabilisierung gegeben. Die Fachleute gehen im Budget 2009 davon aus, dass sich die Finanzkrise und die sich anbahnende Rezession nicht sofort im Leistungsumfang niederschlagen wird, wegen der Pufferwirkung durch die Arbeitslosenversicherung. Sollte diese Einschätzung sich doch als zu optimistisch erweisen, gehen wir davon aus, dass die im Budget 2009 selbst gewählte, eher hohe Messlatte anspornend wirkt.

Zum Thema Sozialmissbrauch: Fünf Fälle sind von der Sozialkommission bis jetzt zur Untersuchung durch Sozialinspektoren bestimmt worden.

Neu zur Produktgruppe gekommen ist das Kinderhaus Werd. Es arbeitet bei hoher Auslastung ohne Taxerhöhung für 2009 kostendeckend.

#### Produktgruppe Einwohnerkontakte

Die Produktgruppe Einwohnerkontakte umfasst die Abteilungen Einwohnerwesen und Zivilstandswesen. Der Budgetwert für den Indikator 2.1 „interne Kundenzufriedenheit“ ist auf null Fehler verschärft worden. Die Sachkommission begrüsst die Einführung vom neuen Ziel 3. „Optimierung des Ressourceneinsatzes“ ausdrücklich. Der erweiterte Leistungskatalog erlaubt einen verbesserten Überblick über die vielfältigen Aufgaben von dieser Produktgruppe.

Neu ist eine Produktgruppe Behörden, Kultur von der Sachkommission 1 zu betreuen. Diese Produktgruppe ist eine Art Zentraler Dienst mit entsprechend vielen und vielfältigen Aufgaben. Mit Zielen und Indikatoren erfasst ist folgendes:

1. Die aktive Kontaktpflege zu ansässigen Unternehmen und potentiellen Investoren
2. Die Unterstützung für ein attraktives Kulturangebot und von Vereinen
3. Die administrativen Abläufe für Stadt- und Gemeinderat

Die Budgetwerte für die Indikatoren scheinen sinnvoll und ambitioniert, aber erreichbar.

Die Sachkommission 1 beantragt einstimmig Zustimmung zu den Globalbudgets 2009 von den Einwohnerkontakten, von der Sozialberatung und von der Produktgruppe Behörden und Kultur.

### **Thomas Iseli, Präsident der Sachkommission 2:**

Das Budget 2009 präsentiert sich erstmals in einem neuen Kleid und ist allgemein keine so leidige Angelegenheit mehr wie im letzten Jahr. Trotzdem dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen, und es liegt noch ein langer, beschwerlicher Spar-Weg vor uns, bis wir wieder echt Positives daraus ableiten können. Die von der Sachkommission 2 geforderte Transparenz wurde für unsere Bereiche gut erfüllt. Zusätzlich mit den aus der Befragung und Diskussion hervorgegangenen Informationen können wir uns ein gutes Bild ma-

chen, herzlichen Dank dafür. In unseren Bereichen wurde versucht, dem Sparauftrag des Gemeinderates zu folgen, und es wurden auch Optimierungsmöglichkeiten gefunden. Wir haben mit dem neuen Tool ein gutes Informationsmittel und eine gute Entscheidungsgrundlage. Die Abteilungen haben aufgezeigt, dass die bestehenden Probleme mit kreativen Ideen angepackt werden können. Dafür gebührt ihnen ein Kompliment. Wir konnten feststellen, dass herausfordernde Ziele gesetzt wurden.

Die Produktegruppe Raumplanung wird erstmals mit Globalbudgets geführt, und zwar mit herausfordernden Zielen. Wir glauben, dass diese positiv ausfallen werden.

Bei der Produktegruppe Verkehr wurde mit dem neuen Planungssystem ein Schritt in die Zukunft gemacht, dadurch können die Prognosen verbessert werden.

Bei der Produktegruppe Versorgung wird in nächster Zeit ein Sensorensystem eingeführt. Mit diesem wird die Wasserqualität überprüft, damit wir keine grösseren Verunreinigungen mehr erleben müssen. Weiter werden neue Techniken und Verfahren angewendet und damit auch Kosten gespart.

Bei der Produktegruppe Landschaft sind die bisherigen Leistungen stets kostenbewusst und zielstrebig erbracht worden, und so hat uns das gute und transparente Budget 2009 nicht überrascht.

Wir haben festgestellt, dass mit Konsequenz und Härte auch Einschneidendes umgesetzt werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen bezeichne ich als vorbildlich, und ich hoffe, dass dies auch in anderen Bereichen zum Tragen kommt.

Mit Genugtuung haben wir zur Kenntnis genommen, dass endlich mit unserem Stadtkern, sprich der Albisstrasse, etwas geschehen wird, und zwar strategisch so geschickt, dass der Kanton federführend ist. Dadurch können wir einiges an Kosten sparen und kommen trotzdem zu einem positiven Ortsbild. Dies wird im kommenden Jahr beginnen und bis 2010 dauern.

### **Hans-Peter Nyffeler, Präsident der Sachkommission 3:**

Zuerst bedanken wir uns beim Stadtrat, denn er hat im Jahr 2008 einen besonderen Effort geleistet und für das Budget 2009 die ab dem 01.01.2009 gültige Produktegruppenstruktur berücksichtigt, d. h. alle Produktegruppen sind aktuell mit Globalbudgets geführt, ausgenommen die "Bildung" und ein Teil der "Sozialen Aufgaben", welche erst ab 2010 mit Globalbudgets geführt werden. Erfreulich für die Sachkommissionen ist die neue Berichterstattung, denn wir erhalten viel mehr Informationen als früher. Für eine sachgemässe Beurteilung der Ziele sind gute, beeinflussbare und messbare Indikatoren das Wichtigste. Diesem Punkt müssen die Sachkommissionen beim Festlegen der Ziele und Indikatoren für das Jahr 2010 noch vermehrt ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Sachkommission 3 ist gemäss aktueller Aufteilung mit der Überprüfung der Globalbudgets 2009 der Produktegruppen "Sicherheit", "Gesundheit, Umwelt" und "Jugend, Freizeit, Sport" beauftragt worden. Als weitere Neuerung wurde auf Initiative von der Präsidentin der RGPK jeder Sachkommission zwei RGPK-Mitglieder zugeteilt, welche nach Möglichkeit an den Koordinationssitzungen mit den Verantwortlichen der einzelnen Produktegruppen teilnehmen oder mindestens ihre Fragen dem Sachkommissionspräsidenten mitteilen können. Bei den von uns durchgeführten drei Koordinationssitzungen ha-

ben die zwei RGPK-Mitglieder Marion Hans und Fredi Morf teilgenommen. Diese neue Zusammenarbeit ist auch seitens der Verwaltung sehr positiv aufgenommen worden.

Wir haben von allen drei Ressort einen sehr guten Eindruck erhalten, und an den jeweiligen Koordinationssitzungen konnte der anlässlich der Sachkommissionssitzung erarbeitete Fragenkatalog zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet werden. Den drei verantwortlichen Teams möchten wir für die loyalen und offenen Informationen und die Beantwortung der gestellten Fragen unseren bestens Dank aussprechen.

Bei der Produktegruppe "Sicherheit" beträgt das Globalbudget 2009 Fr. 2'020'700.--, d. h. 0,8 % bzw. Fr. 15'600.-- weniger als im Budget 2008.

Beim Produkt Polizei ist der Austritt eines Mitarbeiters per 31. März 2008 erwähnenswert. Per 1. Januar 2009 gibt es eine Neuanstellung eines bereits ausgebildeten Mitarbeiters, somit ist das Stellenetat von 700 Stellenprozenten ab 2009 wieder vollständig ausgenützt. Die Produkte Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Integration, Militär und Schiesswesen werden neu mit Globalbudgets geführt.

Bei der neuen Produktegruppe "Gesundheit, Umwelt" beträgt das Globalbudget 2009 Fr. 6'099'600.--, d. h. 22,5 % bzw. Fr. 1'121'700.-- mehr als im Budget 2008. Über 1 Million Franken sind die massiv gestiegenen Defizite in den Vertragsspitälern gemäss den Stadtzürcher Budgets und dem Gesundheitszentrum Sanitas. Hinzu kommt eine interne Belastung der Leistungen der Produktegruppe "Landschaft" an "Gesundheit, Umwelt" von Fr. 376'000.-- für Bestattungen und Fr. 247'700.-- für Gräberbewirtschaftung.

Bei der Produktegruppe "Jugend, Freizeit, Sport" beträgt das Globalbudget 2009 Fr. 2'787'109.--, d. h. minus 1,7 % bzw. Fr. 47'800.-- weniger als das Budget 2008. Im Bereich Jugendarbeit (PEPPERMIND) wurde der Nettoaufwand im Budget 2009 um Fr. 25'000.-- reduziert. Als Konsequenz davon wird das Stellenetat um 0,2 auf 2,1 Stellen reduziert und zudem findet ein Leistungsabbau statt. Die Sollziele von zwei Indikatoren wurden herabgesetzt.

PEPPERMIND hat sich im Jahr 2008 weiter geöffnet. Mit dem Projekt "Geh-Struktur an Events" wird die aufsuchende Jugendarbeit stärker gewichtet. Die Mitarbeitenden sind im Rahmen dieses Projektes an öffentlichen Events wie Chilbi, Midnight-Basket, Euro 08, Fasnacht etc. zur Kontaktnahme, Vernetzung und Sensibilisierung der Jugendlichen vor Ort präsent. Sehr sinnvoll finden wir die ganz neuen Projekte Skilager der Oberstufe (wird von der Schule nicht mehr durchgeführt) und Projekte über die Suizidprävention bei Jugendlichen mit Einbezug des Schulpsychologischen Dienstes.

Beim Produkt „Sport“ haben die Vereine sehr viel Nutzen, aber dafür geben wir ganz allgemein sehr viel Geld aus: fürs Hallenbad/Freibad jährlich über 1 Million Franken und für die Sportanlagen Tüfi jährlich über Fr. 500'000.--.

Die Sachkommission 3 beantragt dem Rat, die drei Globalbudgets der Produktegruppen "Sicherheit", "Gesundheit, Umwelt" und "Jugend, Freizeit, Sport" zu genehmigen.

### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Aufmerksamkeit ist angebracht, Angst und Hektik dagegen nicht. Der Respekt vor weiteren Defiziten in Adliswil ist verständlich. Wir alle wissen aber, dass Angst und die oft damit einhergehende Hektik sehr schlechte Begleiter sind. Hektik verengt den Blickwinkel, führt schnell zu Kurzsichtigkeit und damit leider auch oft eine einseitigen Fokussierung auf die vermeintlich naheliegendsten Themenkreise. Diese einseitige Fokussierung

ist gefährlich, wenn man Entscheidungen treffen muss, deren Tragweite in die Zukunft hinein reichen. Es freut mich, dass die Budgetdebatte bis jetzt getragen war vom Titel „Aufmerksamkeit ist angebracht“, aber auch von Würdigung für das Geleistete.

Ich darf Ihnen nach meinem ersten Amtsjahr sagen, der Stadtrat hat seine Aufgaben im Rahmen des Verantwortbaren gemacht und dabei meines Erachtens die Prioritäten richtig und zukunftsweisend gesetzt. Das vorliegende Budget 2009 wurde im Spannungsfeld der folgenden Themen erstellt, die die derzeitige Entwicklung der Stadt Adliswil prägen:

- hohe Defizite in den vergangenen Jahren und damit verbundener Anstieg der Verschuldung
- unterdurchschnittliche Steuerkraft
- grosser Spardruck
- Beibehaltung der Attraktivität der Stadt für Private und Unternehmen
- Gebietsentwicklung mit gegen 3'000 neuen Einwohnerinnen und Einwohnern

Der Stadtrat verfolgt mit Vehemenz das Ziel, mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Angesichts der zum Teil gegenläufigen Entwicklungen gilt es, die kurzfristigen Schritte mit grosser Umsicht festzulegen. Einerseits haben wir Sparanstrengungen gemacht - die RGPK-Präsidentin hat es erwähnt - wir haben es auch transparent gemacht und es freut mich, dass dies bemerkt wurde. Wir haben 2 Millionen Franken eingespart; wir haben in der Summe das Defizit der ordentlichen Rechnung, also vor den ausserordentlichen Einflüssen, von 6,5 Millionen Franken im letzten Jahr auf 2,2 Millionen Franken reduzieren können. Wir haben die Sparanstrengungen von 2 Millionen Franken im Stadtrat erreichen können, ohne Leistungs- und Personalabbau. Wir haben aber schon an den Round Table-Gesprächen erklärt, dass weitere Sparmassnahmen nur durch Leistungsabbau möglich sind. Aber wie rechtfertigen wir einen spürbaren Leistungsabbau gegenüber der Adliswiler Bevölkerung und denen, die wir nach Adliswil holen möchten? Zudem hat sich kürzlich gezeigt, dass sich die Bevölkerung und deren Repräsentierenden im Gemeinderat nicht einig sind, auf welche Leistungen die Stadt verzichten soll oder kann.

Wir haben uns aber auch um die Ertragsseite gekümmert. Wir hatten und haben intensive Kontakte zu den grössten Unternehmen, und wir durften einen vertieften Einblick in deren Budgets und Planung nehmen. Wir sind deshalb heute besser in der Lage, die noch ausstehenden Steuerauscheidungen zu planen. Steuerauscheidungen erfolgen übrigens dann, wenn der Kanton eine Steuererklärung für definitiv erklärt hat. Diese Definitivsetzung hat bei Grossunternehmen einen gewissen Rückstand, von dem wir noch profitieren können. In der Vergangenheit waren wir sehr angewiesen auf die Steuerauscheidungen im Bereich der Gewinnsteuern, und da ging es unseren Unternehmen in den letzten Jahren nicht so gut. Nun hat es aber eine Veränderung in der Verteilung der Kapitalsteuern gegeben. Bisher wurde diese aufgrund des Liegenschaftenbesitzes ausgerichtet, neu aber - wenn ein gewisses Volumen an Geschäftstätigkeit nicht am Hauptsitz passiert, wird dies bei den Gemeinden auch berücksichtigt. Das heisst, die Steuerauscheidungen, die wir in Zukunft planen können, beruhen hauptsächlich auf Kapitalsteuern und nicht auf Gewinnsteuern. Dies bringt uns eine massiv höhere Plansicherheit, denn der Kanton und die Unternehmen streiten weniger über die Kapitalsteuer als über die Gewinnsteuer. Die noch ausstehenden Kapitalsteuern sind beträchtlich, aber wir wissen nicht genau, wann wir dieses Geld erhalten. Wir haben deshalb auch mit dem Kanton und der Stadt Zürich Kontakt gehabt und konnten mit der Stadt Zürich eine Verein-

barung treffen, dass wir - sofern wir Bedarf haben - Akontozahlungen erhalten können. Dadurch haben wir mehr Sicherheit für die Planung erhalten und deshalb ist auch das Budget 2009 aus unserer Sicht absolut richtig. Ich danke an dieser Stelle den Unternehmen, dem Kanton und der Stadt Zürich herzlich für den detaillierten Einblick in die finanzielle Situation.

Die Entwicklungen in den beiden Bereichen "Steuereinnahmen" und "Sparmassnahmen" verbunden mit der eingangs erwähnten Gebietsentwicklung in Lebern-Dietlimoos verlangen, dass wir in den nächsten Jahren mit Budgets und Leistungen sehr umsichtig umgehen. Ich habe in meinem ersten Amtsjahr erneut erfahren, dass man besonders in schwierigen Zeiten einen kühlen Kopf bewahren und wachsam bleiben muss, sonst verliert man den Blick für die kurz- und mittelfristigen Realitäten. Genau aus diesen Gründen ist heute ein panikartiger Leistungsabbau nicht angebracht und hätte weitgehende Konsequenzen. Es ist nicht vorstellbar, wenn wir heute Sachen schliessen, und uns in zwei, drei Jahren, wenn die Finanzen wieder besser sind, sagen müssen: „Warum haben wir das geschlossen?“ Viel wichtiger ist es aus Sicht des Stadtrates, dass wir unsere Leistungserstellung weiterhin konsequent hinterfragen und unsere Produktivität massiv verbessern und ein sehr wachsames Auge auf unsere Einnahmen haben. Verwaltung und Schule sind aufgefordert, die in den nächsten Jahren erwartete 20 %ige Steigerung der Einwohnerzahl mit einem unterdurchschnittlichen Personalaufbau zu bewältigen.

Ich bitte Sie, unter Würdigung des Gesagten dem vorliegenden Budget zuzustimmen. Der Stadtrat dankt der RGPK und den Sachkommissionen für die wohlwollende Aufnahme der neuen Berichterstattung. Er hat zudem an seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Budgetprozess in Zukunft zu verkürzen, so dass das Budget Mitte Oktober der RGPK zugestellt werden kann. Er erwartet gleichzeitig aber auch, dass die Budgetdebatte im Gemeinderat dann wieder in der ersten Dezemberwoche stattfindet.

#### **Clemens Ruckstuhl:**

Vor mir liegt ein Votum, das genau die Budget-Unsicherheit anspricht, die wir bis heute hatten. Ich bin über die Worte des Stadtpräsidenten echt erstaunt. Wenn der Stadtrat tatsächlich die Steuereinnahmen fundiert darlegen kann, ist das sensationell. Ich gratuliere dem Stadtrat, dass er es geschafft hat, unsere finanzielle Lage besser zu planen. Ich kann also mein vorbereitetes Votum weglassen, möchte aber doch noch zwei, drei Dinge sagen. Das vorliegende Budget 2009 zeigt einen positiven Trend auf. Wenn man aber genauer hinschaut, sieht man, dass dazu immer noch ausserordentliche Erträge und die Veränderung von Abschreibungen beitragen. Wenn man unsere Zahlen mit denjenigen von ähnlichen Gemeinden vergleicht, wird deutlich, dass wir in unserer Verwaltung und in unserer Stadt strukturelle Probleme haben. Wir von der CVP haben schon vor einem Jahr und auch an den Round Table-Gesprächen darauf hingewiesen. Wenn wir nun neu auf der Einnahmenseite eine realistischere Situation antreffen, heisst das nicht, dass die strukturellen Probleme vernachlässigt werden können. Ich erinnere z. B. an das Desaster im Abfallwesen - im heutigen Budget sieht man, wie viel Geld die Steuerzahlenden dafür aufzubringen haben - und ein weiterer Punkt ist die Abteilung Informatik, die m. E. ohne Orientierung am Nutzen und an den Kosten funktioniert und enorme Kosten auslöst. Der Stadtrat muss hier handeln, damit dies verbessert wird.

**Rita Schmid:**

Das Budget 2009 weist einen Nettoaufwand von rund 63 Mio. und einen Ertragsüberschuss von 1,2 Mio. auf. Der Überschuss wird durch das Resultat der Volksabstimmung betreffend die Gemeindeleistungen zur AHV/IV vermindert. Der Stadtpräsident und andere haben schon erwähnt, dass ohne die ausserordentlichen Erträge der Verlust von 6,8 Mio. Franken im Vorjahr auf 2,2 Mio. reduziert werden konnte. Wenn man die AHV-/IV-Gemeindeleistungen berücksichtigt, erhöht sich dieser Verlust auf rund 2,6 Mio. Franken. Es sind sehr viele Sparmassnahmen unternommen worden und dafür gibt es auch ein Lob von der SP-Fraktion. Die Anstrengungen für die Steuerauscheidungen bei den Grossunternehmen sind ebenfalls lobenswert, sie sind aber in einem gewissen Sinne zu erwarten bzw. selbstverständlich. Diese Ausgangslage bedeutet nun, dass es eine Verschnaufpause im Hinblick auf Schnellschüsse gibt. Das wohldurchdachte, zukunftsorientierte Votum unseres Stadtpräsidenten hat auch mir Freude gemacht. Die Zukunft sollte man mit Aufmerksamkeit und Realitätssinn gestalten. Das ist die Botschaft der SP an die heutige Budgetdebatte, und wir erwarten von Ihnen, dass keine kleinkarierten Sparanträge kommen, die die positive Stimmung derer, die konstruktiv anpacken wollen, vermiest. Noch ist Adliswil ein attraktiver Ort nahe der Stadt Zürich. Adliswil darf kein Image als kleinkariertes Vorhof bekommen. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2009 zustimmen und dankt dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit.

**Farid Zeroual:**

Auch die CVP-Fraktion wird dem Budget 2009 zustimmen. Gerne nehme ich den Silberstreifen am Horizont auf, wir werden aber eine wirtschaftlich harte Zeit sehen, und wir werden auch in der städtischen Rechnung jährlich 3 Mio. Franken Schuldzinsen abliefern. Diese beiden Komponenten führen dazu, dass wir eine reale Gefahr haben, dass der Silberstreifen am Horizont wieder verschwindet. 3 Mio. Franken Schuldzinsen - das ist das Steueraufkommen von pro Kopf Fr. 2'500.-- von 1'200 Personen. Eine umsichtige Planung und ein umsichtiges Budget heisst, dass man das Geld, das man einnimmt, mit Vernunft ausgibt und nicht weiter Schulden macht.

Bevor die **Ratspräsidentin** eine Pause einschaltet, dankt Max Stenz ihr für die vielen kleinen Weihnachtsgeschenke, die sie für jedes Mitglied auf den Tisch gelegt und aus dem eigenen Portemonnaie berappt hat.

Die Ratspräsidentin bietet zur Pause Sandwiches an, auch diese wurden grosszügigerweise offeriert, und zwar vom Ratsmitglied Stefan Winter.

**Detailberatung und Allgemeine Fragestunde**

Die Ratspräsidentin informiert, dass zuerst allgemeine Fragen behandelt werden, dann das Budget 2009 und dort die spezifischen Fragen und ggf. Anträge an den entsprechenden Stellen.

Es liegen keine allgemeinen Fragen vor.

Seiten 2 - 13:

**Seite 9, Schriftliche Frage von Peter Werder:** Die Finanzkrise hat mittlerweile auch

die Realwirtschaft erfasst. Von Einbussen sind Versicherungsunternehmen auf der Anlagenseite, Privatpersonen usw. betroffen. Deshalb die folgenden Fragen:

1. Ist mit Steuerausfällen von Grossunternehmen zu rechnen, welche von der Krise betroffen sind?
2. Wird mit diesen Unternehmen das Gespräch gesucht?
3. Gibt es dazu einen Austausch zwischen den Gemeinden oder Angaben vom Kanton?
4. Wie sieht es bei der Pensionskasse aus? Wie sehen die Entwicklung der letzten Monate (Buchverluste) und die aktuelle Deckung aus?

Wir möchten vermeiden, dass Ähnliches passiert wie im Jahr 2001. Damals waren massive Steuerausfälle die Folge. Diese trafen die Stadt Adliswil recht überraschend mit einer Verzögerung von vier Jahren. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir hier konkret darüber sprechen.

#### **Stadtrat Walter Müller:**

Zur 1. Frage: Man konnte es in den Zeitungen lesen, dass damit zu rechnen ist.

Zur 2. Frage: Selbstverständlich werden wir weiterhin mit unseren Grossunternehmen im Kontakt sein, so dass wir nicht überrascht werden.

Zur 3. Frage: Wir werden selbstverständlich die Finanzkrise im Auge behalten und der Sache nachgehen.

Zur 4. Frage: Wir haben bei der Pensionskasse per Ende 2007 einen Deckungsgrad von 112 % gehabt, per Ende Oktober 2008 war der Deckungsgrad nach wie vor über 100 %. Wir sind sicher eine von denjenigen Pensionskassen, die sehr vorsichtig mit dem Geld umgegangen ist. Wir werden per Ende 2008 die Zahlen wieder eruieren. Es wird bestimmt eine Einbusse zu verzeichnen sein, aber sie ist nicht so dramatisch, wie man das von anderen Pensionskassen hört.

#### **Seite 2 und 3, Antrag von Fredi Morf:**

Im Rahmen der Prüfung des Budgets ist uns von der SVP sowie auch den Fraktionen FDP/EVP und Freie Wähler aufgefallen, dass dem städtischen Personal nach dem Willen es Stadtrates insgesamt 3,1 % an Lohnerhöhungen gewährt werden sollen. Dieser Anstieg ist unserer Ansicht nach zu hoch. Die Stadt Adliswil ist, auch wenn im Budget 2009 die Zahlen im Vergleich zu den früheren Jahren wieder etwas besser aussehen, finanziell noch länger nicht über dem Berg. Es ist für die Fraktionen von SVP, FDP/EVP und Freie Wähler nicht tolerierbar, deshalb die Lohnentwicklung derart stark anzupassen. Da das Personal aber selbstverständlich eine angemessene Anpassung ihrer Löhne verdient hat, beantrage ich im Namen der vorgenannten Fraktionen die Lohnerhöhung von 3,1 auf 2,6 % zu reduzieren, womit etwa Fr. 150'000.-- im Budget 2009 eingespart werden könnten. Eine Abwanderung von Personal ist unserer Meinung nach nicht zu befürchten. Die städtischen Angestellten sind im Vergleich mit anderen Gemeinden sicherlich nicht schlecht bezahlt, wobei ein Vergleich mit der Stadt Zürich sowieso nicht Stand halten kann. Ausserdem gewährt die Stadt Adliswil fünf Wochen Ferien, was weder die Stadt noch der Kanton Zürich kennen. Von daher ist die Attraktivität Adliswils als Arbeitgeberin wegen einer Reduktion der Lohnerhöhung um 0,5 % sicherlich nicht gefährdet. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass der Stadtrat von uns unmissverständlich aufgefordert wird,

unnötige Stellen in der Stadtverwaltung endgültig abzubauen und die Reorganisation voranzutreiben.

**Antrag: Ich beantrage Ihnen im Namen der Fraktionen SVP, FDP/EVP und Freie Wähler anstelle von 3,1 % an Lohnerhöhungen nur 2,6 % zu bewilligen und dies bei den entsprechenden Konten anzupassen.**

Sollte dieser Antrag angenommen werden, müsste dies bei den Abnahmen des Budgets 2009 sowie allen Globalbudgets berücksichtigt werden.

**Stadtrat Walter Müller:**

Das Personal musste in den letzten Jahren immer unten durch, dies muss man klar sehen. Deshalb haben wir dieses Jahr 3,1 % - entsprechend dem Kanton - veranschlagt. Wir möchten an diesen 3,1 % festhalten, weil unser Personal dies verdient hat.

**Davide Loss:**

Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag vehement ab, und zwar aus folgenden Gründen: Das Personal musste bereits massiv unten durch. Wenn man sich in der Stadtverwaltung umhört, stellt man fest, dass die Motivation zum Teil sehr tief ist. Das Personal hat bereits einen wesentlichen Sparbeitrag geleistet und dies bis letztes Jahr stillschweigend akzeptiert. Erst letztes Jahr hat das Personal gesagt: „So geht es nicht weiter.“ Bisher hat nämlich die Teuerung immer die Lohnerhöhung aufgebraucht. Wir haben jetzt ein einigermaßen gutes Budget - die RGPK-Präsidentin hat von „Silberstreifen am Horizont“ gesprochen - jetzt ist das Personal an der Reihe. Es ist wichtig, dass Adliswil als Arbeitgeberin attraktiv bleibt und wenn die Motivation der Angestellten hoch ist, dann hilft das auch, Kosten zu sparen. Das Personal erwartet von uns, dass wir ihm Wertschätzung entgegenbringen, es hat dies verdient, denn es hat in diesem schwierigen Jahr hervorragende Leistungen erbracht, und deshalb bittet Sie die SP-Fraktion, diesen Antrag abzulehnen.

**Thomas Fässler:**

Ich gebe zu bedenken, dass die Löhne der Lehrpersonen nicht inbegriffen sind und deshalb bei diesen keine Einsparungen gemacht werden können. Dadurch würde ein Ungleichgewicht bei den städtischen Angestellten entstehen. In den letzten Jahren mussten sie bereits verzichten, es wäre wieder einmal an der Zeit für Lohnerhöhungen. In schlechteren Zeiten, wenn es weniger Arbeitsplätze hat, kündigen typischerweise die guten Leute. Die CVP stimmt diesem Antrag nicht zu.

**Gabi Barco:**

Es gibt noch ein weiteres Argument gegen die Reduktion der Lohnerhöhung: Wir haben soeben gehört, dass der Deckungsgrad der PK knapp über 100 % liegt. Das heisst, sie hat weder Reserven noch freie Mittel. In der Vergangenheit konnten die Altersguthaben gut, d. h. über dem BVG-Mindestzinssatz, verzinst werden. Zukünftig werden die Versicherten nur noch den BVG-Mindestzinssatz erhalten. Den Mitarbeitenden wird es also diesbezüglich schlechter gehen und dies soll nicht noch kumuliert werden mit einer Reduktion der vorgesehenen Lohnerhöhung.

**Beschluss zum Antrag von Fredi Morf im Namen der Fraktionen SVP, FDP/EVP und Freie Wähler:**

**Annahme mit 19-Ja-Stimmen.**

**Seite 13, Antrag des Büros, Karin Hug, Sprecherin:**

Bis anhin hat der Gemeinderat im Budget für die Erhöhungen von Behördenentschädigungen immer den gleichen Satz wie fürs Personal bewilligt. Wenn das Budget bewilligt ist, kann der Stadtrat gemäss Art. 11 des Statuts über die Entschädigungen an Behörden und Funktionäre (BeSta) die Entschädigungen je auf Jahresanfang anpassen, und bis anhin hat er dem Budget entsprechend auch immer den gleichen Satz wie fürs Personal übernommen. In den stadträtlichen Budgetrichtlinien 2009 wurde sowohl fürs Personal als auch für die Behörden eine Erhöhung von 3,1 % vorgesehen - 1,6 % für Teuerung und 1,5 % für individuelle Lohnentwicklung.

Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Adliswil hat das Büro bei der Planung des Budgets für die Gemeinderatsentschädigungen am 18. August 2008 beschlossen, dem Gemeinderat für seine Entschädigungen, inkl. Tag- und Sitzungsgelder, eine Erhöhung um 1,6 % zu beantragen, entsprechend dem Teuerungssatz, den der Kanton für seine Angestellten festgelegt hatte. Dieser Beschluss wurde dann dem Stadtrat und der Schulpflege mitgeteilt mit der Einladung zu prüfen, ob sie bei ihren entsprechenden Konti analog dem Büro des Gemeinderates budgetieren könnten. Gemäss vorliegendem Budget hat der Stadtrat und die Schulpflege bei ihren entsprechenden Konti plus 3,1 % budgetiert. Das Büro hat nochmals darüber befunden und ist bei seinem Beschluss vom August geblieben. Deshalb beantragt das Büro, auch für die übrigen Behörden die Entschädigungen nicht um den gleichen Satz wie fürs Personal zu erhöhen. Nachdem aber der Kanton Zürich neu als Teuerung 1,7 % festgelegt hat, sollen auch die Behördenentschädigungen um 1,7 % erhöht werden. In Zahlen sieht das wie folgt aus:

Gemeinderat	216'500.--
Stadtrat	516'000.--
Weitere Behörden	720'000.--
Schulpflege und Kommissionen	<u>317'400.--</u>
total	1'769'900.--

Erhöhung um 3,1 % = Fr. 54'867.--, Erhöhung um 1,7 % = 30'088.--.

Das heisst, mit einer Erhöhung um 1,7 % würden 24'779.-- eingespart.

**Das Büro des Gemeinderates stellt folgenden Antrag:**

**Die Entschädigungen für Behörden, inkl. Tag- und Sitzungsgelder, sollen fürs 2009 um 1,7% erhöht werden. Deshalb wird auf den entsprechenden Konti nur eine Erhöhung von 1,7 % bewilligt.**

**Stadtrat Walter Müller:**

Der Stadtrat hat an der gestrigen Sitzung beschlossen, die Behördenentschädigungen um 1,7 % zu erhöhen. Es soll eine einmalige Sparmassnahme sein. Wir halten fest, dass die Festlegung der Behördenentschädigungen in der Kompetenz des Stadtrates liegt.

**Beschluss zum Antrag des Büros:**

**Annahme.**

Seite 14 - 39: keine Wortmeldungen

**Seite 40, Schriftliche Fragen von Thomas Fässler:**

Abschnitt „Folgekosten auf Grund von nicht durchgeführten Sanierungen (z. B. partieller Ersatz von Deckbelägen). Es entstehen übermässige Kosten im Unterhalt und es steigt das Risiko struktureller Schäden am Bauwerk.“

Gibt es bereits konkrete Fälle? Was sind die Konsequenzen bei strukturellen Schäden?

**Stadträtin Astrid Romer:**

Zur Frage „Gibt es bereits konkrete Fälle?“:

Ja, es gibt solche, z. B. die Zelg-, Zopf, Leimbach-, Kilchberg- und Rütistrasse sowie den Felseneggweg. Von diesen Strassen haben wir Studien von Ingenieurbüros, die das genauestens untersucht haben und uns darlegen konnten, dass diese Strassen in einem sehr, sehr schlechten Zustand sind. Es gibt Risse in diesen Strassen, bei der Rütistrasse sieht man, dass der Deckbelag in Platten abbricht, es gibt Abbrüche bei den Schachträndern. Je grösser und tiefer die Risse sind, umso tiefer hinunter geht das Wasser und umso schneller zerstört dies die Struktur der Strasse.

Die Kosten sind relativ schwer vorherzusagen, es hängt stark von der Witterung ab und von der Verkehrsbelastung. Der Kontrollaufwand wird höher, der Unterhalt Tiefbau muss regelmässig überprüfen, ob die Strassen noch soweit intakt sind, dass keine Unfälle passieren, vor allem dort, wo es bei den Schachtdeckeln grössere Löcher gibt. Aus juristischer Sicht haben wir auch eine gewisse Haftung, das heisst, wenn etwas wegen den Schäden passiert, sind wir für allfällige Kosten haftbar.

Zur Frage „Was sind die Konsequenzen bei strukturellen Schäden?“

Es entsteht eine Überbelastung, das heisst, die Auflösung der Strasse geht schneller, es gibt eine gewisse Eigendynamik. Z. B. bei der Rütistrasse kommt dazu, dass wir infolge Leitungsbrüchen Werkleitungssanierungen machen müssen. Wenn eine solche Strasse in einem schlechten Zustand ist und ein Graben gemacht werden muss, fällt rund ein halber Meter der Strasse in den Graben hinein. Bei der Rütistrasse befürchten wir, dass dies der Fall sein wird. Das führt dazu, dass wir bei Leitungssanierungen Mehrkosten haben, denn wenn erst später - wenn wieder Geld da ist - die Strassensanierung erfolgen kann, haben wir insgesamt einen deutlich grösseren Aufwand; man muss das Projekt zweimal machen, also nur schon bezüglich Projektierung ist der Aufwand höher.

**Seite 41, Antrag von Roger Neukom:**

Mir sind die Folgekosten von nicht durchgeführten Sanierungen auch sauer aufgestossen. Die vorhin aufgezählten Strassen kenne ich alle. Wenn man bei diesen von einem sehr, sehr schlechten Zustand spricht, gehen wir in Adliswil auf hohem Niveau zugrunde. Von schlechtem Zustand kann keine Rede sein. Fahren Sie wieder einmal nach Italien, dann sehen Sie, was eine schlechte Strasse ist. Hinzu kommt, dass gewisse Strassen, z. B. die Rütistrasse, Tempo 30 haben und da sehe ich kein Problem, wenn auch mal ein Riss in dieser Strasse ist.

**Ich stelle den Antrag, bei der Produktgruppe Verkehr, Produkt Verkehrsnetz, eine Reduktion um Fr. 150'000.-- auf neu Fr. 2'531'500.--.** Ich bin überzogen, Stephan Kündig wird mit seinem Team auch diese Herausforderung meistern.

**Stadträtin Astrid Romer:**

Dieser Antrag ist für mich unvernünftig. Auf S. 59 des Finanzplanes, Tabelle „Gemeindevergleich Laufende Rechnung 2007“, sehen Sie, dass wir im Verhältnis zu anderen Gemeinden bei 72 % der Kosten sind. Wir können stolz darauf sein, dass wir so kostenbewusst und günstig arbeiten. Zur Kostenentwicklung im Tiefbau habe ich eine Tabelle vor mir, die aufzeigt, welche Strasseninvestitionen wir hatten zwischen 1996 - 2006 hatten. Einige Jahre hatten wir für Strassensanierungen lediglich Fr. 250'000.-- eingesetzt, es hat insgesamt drei Jahre gegeben, wo wir mehr als 1 Mio. Franken investiert haben, aber im grossen und ganzen hat die Stadt Adliswil ihr Soll im Bereich Strassensanierung nie erfüllt. Spannend in der ganzen Diskussion ist, dass wir mit Globalbudgets und Zielsetzungen arbeiten. Der Stadtrat hat definiert, dass die Werterhaltung 1,5 % betragen soll, die Fachwelt empfiehlt 2 %. Wir schieben ein grosses Problem vor uns hin, mit einem solchen Schnellschuss ist es nicht getan. Ich weise noch auf den neuesten Stadtbrief hin. Er enthält einen Abschnitt „Unterhalt Tiefbau“, und aus diesem geht hervor, was diese Leute leisten. Die Abteilung, die seit Jahren ihre Kosten im Griff und das Budget nie überschritten hat, verdient es nicht, mit einem solchen Antrag gestraft zu werden.

**Roger Neukom:**

Wenn ich von Ingenieurbüros und Studien höre, die die Strassen begutachtet haben, stehen mir natürlich die Haare zu Berge. Wir haben doch qualifizierte Leute im Tiefbauamt, die diese Arbeiten selber machen können. Dann werden halt Fr. 250'000.-- weniger für die Ingenieurbüros und Studien ausgegeben. Zur Präzisierung: es ist nicht beim ÖV sondern beim Verkehrsnetz.

**Thomas Fässler:**

Es würden mit dieser Kürzung nicht die Mitarbeitenden gestraft, sondern wir selbst. Es geht nicht darum, ob wir noch über die Strasse fahren können, sondern was bei der unteren Strasse passiert, was dort alles kaputt geht. Ich meine, da handeln wir uns mehr Kosten ein als wir mit diesem Antrag sparen würden.

**Beschluss zum Antrag von Roger Neukom:****Annahme mit 18-Ja-Stimmen.**

Seite 42 - 68: keine Wortmeldungen

**Seite 71, Antrag von Peter Werder im Namen der Fraktionen FDP/EVP, SVP und Freie Wähler:**

Im Rahmen der Überprüfung des Budgets 2009 sind wir auch auf die Stelle des Leiters Altersfragen, Konto 714, gestossen. Der aktuelle Stelleninhaber wechselt per Mai seine Anstellung und übernimmt die Leitung des Alters- und Pflegeheims Adliswils. Somit ist der Zeitpunkt ideal, diese Stelle zu streichen. Wir möchten damit vor allem verhindern, dass die Stelle einfach wieder neu besetzt wird, nur weil das Budget dafür vorhanden ist.

Die FDP-/EVP-Fraktion beantragt zusammen mit der SVP und den Freien Wählern folgende Anpassungen:

Reduktion des Aufwandes von 183'100 um 106'808 Franken auf 76'292 Franken (76'300)

Reduktion des Ertrages von 96'300 um 56'175 Franken auf 40'125 (40'100)

Begründung: Der Leiter Altersfragen bleibt bis Mitte Mai angestellt. Somit sind sämtliche Aufwände und Erträge um 7/12 zu kürzen. Das ergibt einen neuen Netto-Aufwand von 36'167 Franken. Vorher: 86'800. Zur Klarheit: Wir werden im Rahmen des Stellenplanes anschliessend die Streichung dieser 80-Prozent-Stelle beantragen.

### **Stadtrat Stephan Herzog:**

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, wird der jetzige Abteilungsleiter Altersfragen die Heimleitung vom Alters- und Pflegeheim übernehmen. Damit wird die Stelle der Abteilungsleitung Altersfragen frei, und es ist unsere Absicht, diese Stelle im Moment nicht neu zu besetzen. Die Abteilungsleitung Altersfragen hatte zwei verschiedene Aufgaben: einerseits die Führung der verschiedenen Alterswohnbetriebe (Alters- und Pflegeheim, Pflegewohngruppe Soodmatte, Wolf-Haus und Mauersegler und Alterssiedlung), andererseits konzeptionell und planerische Altersarbeit.

Das Resultat der Studie über die Zunahme der Seniorinnen und Senioren - bis ins Jahr 2020 um zirka 100 % - wird uns einiges an Arbeit und Vorbereitung kosten. Wenn wir genügend Pflegebetten haben wollen, geht das nur mit einer Gemeinwesenarbeit, und zwar mit der Ausgestaltung der Betreuung der Seniorinnen und Senioren zu Hause in ihren Wohnungen. Weil der Stadtrat dieses Problem bereits heute angehen will, hat eine erste Sitzung dieser Strategieguppe stattgefunden, und zwar mit dem Stadtpräsidenten Harald Huber, Heinz Spälti, Vorsteher Ressort Gesundheit, Umwelt und Alphons Kappeler mit seiner ärztlichen Fachkompetenz. Diese Gruppe wird die zukünftige Strategie festlegen. Wir werden nicht darum herum kommen, die diesbezügliche Arbeit entweder von externen Leuten erledigen zu lassen oder diese Stelle wieder zu besetzen, wahrscheinlich nicht im Rahmen von 80 %, aber von mindestens 50 %. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen und diese Stelle im Stellenplan zu belassen.

### **Rita Schmid:**

Sie haben die guten sachlichen Argumente, die dafür sprechen, diese Stelle zu behalten, gehört. Alles andere wird teurer. Die Fakten sprechen dafür, dass wir Denkarbeit leisten müssen, die Strategieguppe wird ausgeweitet werden müssen. Diese Prozesse müssen gestaltet und koordiniert werden, und dafür braucht es Professionalität.

### **Peter Werder:**

Dieser Antrag ist kein Schnellschuss, sondern wohl überlegt. Klar sind Sparvohaben nicht beliebt. Es ist richtig, dass man Studien in Auftrag gibt, damit man sich überlegen kann, wie die Zukunft unserer Stadt aussehen soll. Und es ist gut, dass man dies bis zum Jahr 2020 macht. Aber wir planen das Budget fürs Jahr 2009. Für die erwähnte Denkarbeit werden wir sicher wieder einmal Geld ausgeben können, aber erst dann, wenn wir konkret wissen, was unter Denkarbeit und Prozessgestaltung enthalten ist.

### **Stadtrat Heinz Spälti:**

So einfach ist es nicht. Ich nenne Ihnen folgendes Beispiel: Wir sollten aufgrund der demographischen Entwicklung 200 zusätzliche Pflegeplätze planen. Das wollen und kön-

nen wir uns nicht leisten, also müssen wir schauen, wie wir dies lösen können, z. B. Spitex, Alterswohnungen und Altersbetreuung ausbauen - alles präventive Massnahmen. Das müssen wir nächstes Jahr in Angriff nehmen und das kostet etwas, unabhängig davon, ob wir dies intern oder extern erledigen. Wir können dies nicht erst in Angriff nehmen, wenn wir das Geld haben, sonst kommt es uns viel teurer zu stehen. Jedes Bett, das wir bereit stellen müssen, kostet mehr als präventive Arbeit. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

**Nicole Kappeler:** Aus eigener Erfahrung bedauere ich oft, in welchem Zustand unsere über 80-Jährigen sind, wenn sie dann irgendwann - weil sich niemand um sie gekümmert hat - bei uns eintreten. Wenn wir dieser Situation mit besseren Angeboten präventiv entgegenwirken können, ist dies ein ethischer Aspekt. Ich bitte Sie, dies zu bedenken.

**Beschluss zum Antrag von Peter Werder im Namen der Fraktionen  
FDP/EVP, SVP und Freie Wähler:**

**Annahme mit 20-Ja-Stimmen.**

**S. 69, Stadtrat Walter Müller:**

Wir haben die Gemeindegzuschüsse zur AHV/IV nach der Volksabstimmung im Budget zu korrigieren. Deshalb muss das Konto 3663 mit 525'000.-- ins Budget aufgenommen werden soll und das Konto 4363 Rückerstattungen Gemeindegzuschüsse mit 25'000.-- auf der Ertragsseite, so dass ein Nettoaufwand von Fr. 500'000.-- entsteht.

Seite 70 und Seite 72 - 78: keine Wortmeldungen

**Seite 79 und 80, Antrag von Renato Günthardt im Namen der Fraktionen  
SVP, FDP/EVP und Freie Wähler:**

Konto 931.4340 Elternbeiträge Mittagstisch: Erhöhung des Ertrags bei den Elternbeiträgen Mittagstisch von Fr. 102'000.-- auf Fr. 113'000.--  
Konto 932.4340 Dienstleistungsentschädigungen Nachmittagshort: Erhöhung des Ertrags beim Nachmittagshort von Fr. 27'800.-- auf Fr. 41'000.--  
Konto 933.4320 Pensionsgelder: Erhöhung des Ertrags beim Tageshort von Fr. 91'400.-  
- auf Fr. 136'000.--

Schon bei der Beratung der Abstimmungsvorlage zur Erweiterung der Tagesstrukturen wiesen die bürgerlichen Parteien daraufhin, dass bei diesen Betreuungseinrichtungen der Kostendeckungsgrad viel zu tief sei. Die Schulpräsidentin blieb auf Nachfrage aus dem Rat vage und erklärte, man prüfe das Reglement und eine allfällige Anpassung der Tarife. Da für uns der Wille auf eine Veränderung des Tarifmodells nach wie vor nicht deutlich ist, müssen wir im Gemeinderat mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln selber aktiv werden. Dies ist vor allem durch die Festsetzung des Budgets möglich. Wir haben bei diesem Antrag berücksichtigt, dass die Tarife erst auf Beginn des neuen Schuljahres angepasst werden können. Deshalb umfasst die Erhöhung der Erträge nur die letzten vier Monate des Jahres 2009. Aufgrund der Anpassung der Erträge und somit auch der Tarife erwarten wir dann im Jahr 2010 einen Kostendeckungsgrad von 50 % übers ganze Jahr.

Für uns ist klar, dass Adliswil mit den tiefen Elternbeiträgen eine falsche Attraktivität ausstrahlt und somit auch die falschen Neuzuzüger anzieht. Wir können uns diese – im Vergleich mit anderen Gemeinden – zu billigen Angebote nicht mehr leisten. Für uns ist daher dieser Antrag auch ein Auftrag an die Schule, endlich die Tarife angemessen anzupassen und die Reglemente mit den vielen Abstufungen bei den Einkommensklassen zu vereinfachen. Die umfangreichen Abstufungen verursachen auch einen enormen Verwaltungsaufwand. Die Ertragserhöhungen sollen auf das neue Schuljahr zu einem Kostendeckungsgrad von 50 % führen. Dieser Antrag ist nötig, da wir weder mit einer Motion noch mit der Festsetzung des Kostendeckungsgrades im Rahmen eines Globalbudgets eingreifen können. Uns bleibt für das Budget 2009 lediglich diese Möglichkeit mit der Anhebung der Erträge. Wir wünschen uns daher ausdrücklich, dass die Schule ab dem Budget 2010 auch mit Globalbudget geführt wird, so können wir unsere Forderungen nach einem angemessenen Kostendeckungsgrad einfacher durchbringen können. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen und die Schule dadurch zum Handeln zu bewegen.

### **Schulpräsidentin Rita Rapold:**

Das Volk hat zu den Tagesstrukturen ja gesagt und das Geld ins Budget eingestellt. Nur weil die SVP die Abstimmung verloren hat, kann sie nicht einfach undemokratisch und willkürlich Tarifanpassungen verlangen. Die Schule hat den Auftrag, die Kosten zu überprüfen, entgegengenommen, wird sind daran. Erinnern Sie sich bitte an die Fragen von Peter Barmettler an der Gemeinderatssitzung vom 1.10.08. Ich habe diese nicht vage beantwortet, sondern klar Auskunft gegeben, dass die Überprüfung aufgegleist ist, dass wir einen Vergleich der Tarifstrukturen machen über den ganzen Bezirk. Dabei soll nicht einfach nur ein Tarif verglichen werden, sondern der Umfang und die Dauer und die Intensität der Angebote sollen einander gegenüber gestellt werden. Erst daraus lassen sich gültige Vergleiche und Angaben ableiten. Und diese Arbeit zu leisten, braucht einfach etwas Zeit, das hat nicht damit zu tun, dass wir diesem Auftrag nicht nachkommen. Das Ziel der Adliswiler Angebote soll wirklich tiefe Kosten sein, daraus können Tarife entwickelt werden, die zu einem angemessenen Kostendeckungsgrad führen. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass wir relativ viele Familien haben, die ein tiefes Einkommen haben und darauf angewiesen sind, dass die Schule ihre Kinder betreut. Aber auch die Leute vom Mittelstand sollen ein Angebot haben, dass sich das Arbeiten lohnt. Ich gehe davon aus, dass die Schulpflege im Frühling über die neuen Tarife befindet, die werden so oder so im 2009 eingeführt. Im Budget sind diese Änderungen noch nicht berücksichtigt, weil wir das Resultat noch nicht kennen. Auf 2010 werden wir einen neuen Kostendeckungsgrad im Budget einstellen, und es wird auch ein Globalbudget sein, das kann ich versichern. Ich bitte Sie, stören Sie diesen Prozess nicht mit Vorgaben, die nicht durchdacht sind. Im Sommer 2009 werden Sie von der Schule neue Tarife haben, ich kann Ihnen diese auch vorgängig mitteilen. Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

### **Renato Günthardt:**

Die SVP hat das Ergebnis der Volksabstimmung zur Kenntnis genommen, und die Tagesstrukturen sind nicht bestritten. Es geht aber jetzt um den Kostendeckungsgrad und wir haben dazumal einen Bruttokredit beschlossen, die Einnahmen waren nicht mit einbezogen. Im Rahmen des Budgets sind wir berechtigt, die Erträge entsprechend anzupassen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag anzunehmen.

**Thomas Fässler:**

Lassen Sie doch die Schule zuerst fundierte Abklärungen machen, dann weiss man, wie hoch die Beträge sind. Mit dem Antrag wird ein willkürlicher Betrag festgelegt, der viel zu wenig fundiert ist. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

**Peter Werder:**

Der Antrag kommt nicht alleine von der SVP, auch nicht aus einer Verdrossenheit heraus, und vor allem ist er nicht einfach so formuliert, sondern er basiert auf einem Deckungsgrad von 50 % ab Herbst 2009. Ich bitte Sie, diesem wohlüberlegten Antrag zuzustimmen.

**Beschluss zum Antrag von Renato Günthardt im Namen der Fraktionen SVP, FDP/EVP und Freie Wähler:****Annahme mit 18-Ja-Stimmen.**

Seite 81 - 85: keine Wortmeldungen

**Seite 86, Antrag von Peter Werder im Namen der Fraktionen FDP/EVP, SVP und Freie Wähler:**

Wir vorher angekündigt, beantragen wir die Streichung der 80%-Stelle beim Punkt 1, Stadtrat, Soziale Aufgaben. Budgetiert sind 20.8 Stellen. Wir beantragen die Streichung ab Juni 2008. Somit lautet unser Antrag konkret:

Stellenplan Stadtrat, Soziale Aufgaben bis und mit Mai 2008: 20.8 Stellen (Status Quo)

Stellenplan Stadtrat, Soziale Aufgaben ab Juni 2008: 20 Stellen

**Beschluss zum Antrag von Peter Werder im Namen der Fraktionen FDP/EVP, SVP und Freie Wähler:****Annahme mit 20-Ja-Stimmen.**

Seite 87 - 94: keine Wortmeldungen

**Beschlüsse zu den Anträgen des Stadtrates vom 21. Oktober 2008 unter Berücksichtigung der diesbezüglich soeben gefassten Beschlüsse:**

3.1 Das Budget 2009 wird vorbehaltlich der Annahme der Ziffer 2.15 bis 2.17 unter Berücksichtigung der diesbezüglich gefassten Beschlüsse in der Detailberatung festgesetzt:

Zustimmung.

3.2 Alle Globalbudgets - Ziffern 2.2 bis 2.14 - werden unter Berücksichtigung der diesbezüglich gefassten Beschlüsse in der Detailberatung bewilligt:

Zustimmung.

- 3.3 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Abwasserbeseitigung von 1'000'000 Franken werden bewilligt:  
Zustimmung.
- 3.4 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Wasserwerk von 500'000 Franken werden bewilligt:  
Zustimmung.
- 3.5 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Alterssiedlung im Tal von 300'000 Franken werden bewilligt:  
Zustimmung.
- 3.6 Der einfache Staatssteuerertrag (100 %) wird auf 38'700'000 Franken geschätzt:  
Zustimmung.
- 3.7 Der Gemeindesteuerfuss wird auf 110 % festgesetzt:  
Zustimmung.
- 3.8 Der budgetierte Ertragsüberschuss von 1'172'000 Franken wird gemäss der gefassten Beschlüsse in der Detailberatung und ggf. dem Volksentscheid bezüglich Gemeindeleistungen zur AHV/IV angepasst und dem Eigenkapital gutgeschrieben:  
Zustimmung.
- 3.9 Der Stellenplan wird wie folgt genehmigt:  
- Stadtrat 123,5 Stellen bis Ende Mai 2009, und ab Juni 2009 122,7 Stellen  
- Sozialkommission 93,5 Stellen  
- Schulpflege 33,5 Stellen  
Zustimmung.

**4. Motion betr. Einsparungen 2009 (SRB 278/08)****Bericht und Antrag des Stadtrates auf Abschreibung der Motion von Roger Neukom und 3 Mitunterzeichneten vom 27. Februar 2008 betr. Einsparungen 2009****Der Stadtrat berichtet und beantragt wie folgt:**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 5. März 2008 folgende Motion von Roger Neukom und 3 Mitunterzeichnern vom 27. Februar 2008 betreffend Einsparungen 2009 von 4,5 Mio. Franken dem Stadtrat zum Bericht und Antrag überwiesen:

„Der Gemeinderat hat am 19. Dezember 2007 zusammen mit der Rückweisung des Budgets 2008 den Stadtrat verpflichtet, auf der Ausgabenseite CHF 2 Mio. im Budget 2008 und CHF 3 Mio. im Budget 2009 einzusparen. Dieses Ziel wurde im heute vorliegenden Budget 2008 bei weitem nicht erreicht.

Die Motionäre sind sich bewusst, dass eine erneute Rückweisung des Budgets 2008 keinen Sinn macht. Im Wissen, dass weitere Sparmassnahmen auch den Abbau von Stellen beim Verwaltungspersonal zur Folge haben und eine solche Stellenreduktion geplant und vorbereitet werden muss, verzichten die Motionäre zum jetzigen Zeitpunkt auf Streichungsanträge von einzelnen Budgetposten.

Das Gesamtsparziel und somit der Beschluss des Gemeinderates - Einsparungen auf der Ausgabenseite von CHF 5 Mio. innerhalb von 2 Jahren - bleibt jedoch weiterhin bestehen. Anerkannt werden Einsparungen von rund CHF 500'000.00 im Budget 2008.

Der Stadtrat wird verpflichtet, eine Vorlage auszuarbeiten, die ein Sparprogramm mit folgendem Inhalt aufweist:

Das Budget 2009 muss gegenüber dem Budget 2008 auf der Ausgabenseite Einsparungen von CHF 4.5 Mio. enthalten.

Der Gemeinderat erwartet, dass der Stadtrat den eingeschlagenen Weg, mit dem „Round-Table“ die Gemeinderäte einzubinden, weiterverfolgt.“

An der Gemeinderatssitzung vom 5. März 2008 hat der Stadtrat mitgeteilt, dass er willens ist, weitere Sparmassnahmen zu erarbeiten und zu prüfen. Es müssen aber Massnahmen sein, die im Gemeinderat mehrheitsfähig sind. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat zu bedenken gegeben, dass in den letzten Jahren bereits wesentliche Sparmassnahmen erfolgt sind, u. a. auch im Bereich der Löhne, und dadurch hat das Personal schon einiges beigetragen.

Wenn man die Forderung von 4,5 Mio. Franken über einen Stellenabbau erreichen müsste, wären rund 40 Stellen abzubauen. Dies entspricht rund 15 % der Stellen. Der Stadtrat hat deshalb das geforderte Sparziel als nicht realistisch und unerfüllbar angesehen und war nicht bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Der Stadtrat teilte jedoch mit, dass er weiterhin hinter dem Round Table steht und diesen fortsetzen wolle, auch wenn die Motion überwiesen wird. Im Rahmen verschiedener Round-Tables wurden diverse Massnahmen besprochen, die zu folgendem Bericht und Antrag des Stadtrates führen.

**Beschluss:**

## 1 Bericht des Stadtrates:

## 1.1 Bisherige Finanzentwicklung:

Die Jahresrechnungen der Stadt Adliswil haben seit dem Jahr 2002 vor a. o. Einnahmen negativ abgeschlossen.

Die Wirtschaftsentwicklung und Zahlungen der grossen Steuerpflichtigen sind nicht erwartungsgemäss erfolgt. Gleichzeitig sind die Ausgaben trotz Sparbemühungen wegen unbeeinflussbarer Mehraufwände gestiegen. Das hat dazu geführt, dass das Nettovermögen per Ende 2002 von 30 Mio. Franken zu einer Nettoschuld von 26 Mio. Franken per Ende 2007 angewachsen ist. Innert 5 Jahren hat ein Vermögensverzehr von rund 56 Mio. (rund 11 Mio. Franken p.a.) stattgefunden. Diese 11 Mio. Franken entsprechen annähernd dem Aufwandüberschussniveau, den die Stadt Adliswil vor der Steuerfusserhöhung im Jahr 2008 seit längerer Zeit ausgewiesen hat.

Die Steuerkraft pro Einwohner hat sich seit dem Jahr 2001 von 3'528 Franken pro Einwohner auf rund 2'572 Franken per Ende 2007 zurückgebildet. Das entspricht jährlichen Einnahmefällen von rund 15 Mio. Franken.

Diese Einnahmefälle mussten in den vergangenen Jahren durch Liegenschaftsveräusserungen kompensiert werden um einen übermässigen Anstieg der Schulden zu verhindern.

## 1.2 Belastungen und Chancen der neuen Gebietserschliessungen:

Da die Liegenschaftsveräusserungen in den letzten Jahren zur Abfederung des Schuldenanstiegs verwendet wurden, konnten die Mittel nicht zur Finanzierung von Gebietserschliessungen bereitgestellt werden. Die Investitionen im Bereich Lebern-Dietlimoos haben zu einer starken Belastung der Laufenden Rechnung mit Abschreibungen und Zinsen geführt.

Im Hinblick auf die in den neuen Gebieten voraussehbare Erhöhung der Einwohnerzahlen von Adliswil ist der Stadtrat zuversichtlich und erwartet spürbare Mehreinnahmen bei den Steuern.

Er geht in seiner mittelfristigen Finanzplanung von weiteren Sparmassnahmen aus und will gleichzeitig die Dienstleistungen für rund 2'400 neue Bewohner der Gebiete Lebern, Grüt und Wilacker möglichst ohne zusätzliches Personal erbringen. Dazu sind aber Produktivitätssteigerungen notwendig, primär über einen effizienten Einsatz der Informatik.

## 1.3 Sparmassnahmen:

Der Stadtrat hat verschiedene Sparmassnahmen bei jeder Budgetierung der letzten Jahre in die Wege geleitet und umgesetzt.

Er hat die Budgets immer kritisch hinterfragt und mögliche Sparpotenziale genutzt. Aufgrund der Lastenverschiebungen von Bund und Kanton auf die Gemeinden und die mehrheitliche Gebundenheit der Aufwendungen ist der Spielraum aber immer enger geworden.

Trotzdem hat der Stadtrat bei der Budgetierung 2009 den Rotstift weiter angesetzt und knapp 2 Mio. Franken aus dem Budget 2009 gestrichen. Leider werden diese Einsparungen durch mehrheitlich gebundene zusätzliche Aufwendungen von 4,4

Mio. mehr als kompensiert.

Diverse grössere Sparvorhaben, wie der Verzicht auf das Freifach Biblische Geschichte oder die Abschaffung des Gemeindegeldzuschüsse werden derzeit durch politische Vorstösse verhindert resp. hinausgezögert.

Zusammensetzung der rund 2 Mio. Sparmassnahmen im Jahr 2009:

- Reduktion Zinsdienst durch den Verkauf Gasversorgung 0,413 Mio.
- weniger Fälle in der Sozialhilfe durch fordernde Begleitung der Sozialhilfeempfänger und im Asylwesen 0,425 Mio.
- Streichung Gemeindegeldzuschuss bei den Zusatzleistungen 0,397 Mio.
- Abbau Anzahl Klassen Schule 0,14 Mio.
- neue Strukturen technische Betriebe 0,12 Mio.
- Einsparungen Schulliegenschaften 0,09 Mio.
- Reduktion Therapien Schule 0,08 Mio.
- Reduktion Sockelbeiträge an Spitäler 0,08 Mio.
- Reduktion im Sachaufwandbereich in diversen Ressorts 0,08 Mio.
- Reduktion Dienstleistungen Dritter in diversen Ressorts 0,053 Mio.
- Reduktion im Personalbereich in diversen Ressorts 0,035 Mio.
- neuer Unternehmer Kehrrichtabfuhr 0,033 Mio.

Zusätzlich zu den Sparmassnahmen 2009 wurden im Jahr 2008 1,4 Mio. Franken Sparmassnahmen realisiert und im Jahr 2010 sind weitere 0,4 Mio. Franken Sparmassnahmen geplant. In diesen drei Jahren werden gesamthaft 3,8 Mio. Franken Sparmassnahmen umgesetzt.

#### 1.4 Weitere Massnahmen:

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass eine Fortführung des Haushaltes mit den bisherigen Defiziten längerfristig nicht haltbar ist.

Er will zusätzlich zu den bisher umgesetzten Sparmassnahmen und den erwarteten Mehreinnahmen bei den Steuern, den Betrieb nach der Budgetierung 2009 weiter durchleuchten. Mittels Quervergleichen (Benchmarks) mit ähnlich gelagerten Gemeinden sollen die Kosten und Einnahmen analysiert und weitere Sparpotentiale erarbeitet werden, ohne dass die Qualität der städtischen Dienstleistungen dadurch insgesamt negativ beeinflusst wird.

Weiter will er die Mitarbeiter stärker in die Finanzproblematik des Haushaltes einbinden und dadurch eine Steigerung der Leistungs- und Ergebnisorientierung durch Optimierung der Abläufe erreichen.

#### 1.5 Einsparungen von 4,5 Mio. Franken auf der Ausgabenseite:

Mit der Überweisung der Motion hat der Gemeinderat dem Stadtrat einen Sparauftrag von 4,5 Mio. Franken erteilt. Der Stadtrat hat den Sparauftrag ernst genommen und von April bis Oktober 2008 engagiert daran gearbeitet. Zusammen mit der operativen Führung der Stadtverwaltung sind weitere Sparmassnahmen für das Jahr 2009 von rund 2 Mio. Franken erarbeitet worden. Einen höheren Betrag sieht er aufgrund der derzeitigen Prämissen und der damit verbunden Umsetzungsrisiken im heutigen Zeitpunkt für unrealistisch an.

Der Sparauftrag verlangt auf der Ausgabenseite 4.5 Mio. Franken einzusparen. Die Motionäre weisen darauf hin, dass weitere Sparmassnahmen auch den Abbau von Stellen beim Verwaltungspersonal zur Folge haben könnten.

Ein Abbau von Stellen heisst auch ein Abbau von Dienstleistungen und den damit verbundenen Wegfall von Einnahmen.

Z.B. die Alterseinrichtungen: Der Nettoaufwand in diesem Bereich beläuft sich im Jahr 2009 auf rund 0,5 Mio. Franken. Es könnten theoretisch in diesem Bereich 4,5 Mio. Franken auf der Ausgabenseite eingespart werden. Die Einnahmen würden jedoch wegfallen, die Dienstleistungen abgebaut und eingespart würden jedoch netto nur 0,5 Mio. Franken. Es müsste viel mehr als 4,5 Mio. auf der Ausgabenseite eingespart werden um den damit verbundenen Effekt des Wegfalles der Einnahmen auch einsparen zu können. Das würde zu einem massiven Abbau des Service-Public führen, der aus Sicht des Stadtrates nicht vertretbar ist.

Die Rechnung 2008 und das Budget 2009 zeigen einen positiven Trend bei den Steuereinnahmen (Unternehmenssteuern und Steuererträge aus der Gebietsentwicklung). Die Steuerkraft pro Einwohner wird in diesen beiden Jahren zwischen 3'100 und 3'200 Franken pro Einwohner liegen, was in etwa dem Kantonsmittel entspricht. Gegenüber der Jahresrechnung 2007 führt das Ansteigen auf das Kantonsmittel zu einer Steigerung der Steuereinnahmen von rund 12 Mio. Franken p.a. Der Stadtrat geht davon aus, dass die Steuereinnahmen in Adliswil, wie in der Vergangenheit, im Kantonsmittel liegen werden. Zusammen mit der im Jahr 2008 beschlossenen Steuerfusserhöhung auf 110 % ist der Stadtrat der Meinung, dass die Einnahmen wieder auf einem Niveau sind, die längerfristig eine ausgeglichene Rechnung ermöglichen, weshalb derzeit kein Grund besteht, die Laufende Rechnung durch einen kurzfristigen, drastischen Abbau von städtischen Dienstleistungen weiter verbessern zu wollen.

Die geforderten Einsparungen auf der Ausgabenseite der Motion können mit den Mehreinnahmen bei den Steuern mehr als kompensiert werden.

In den Jahren 2007 bis 2009 werden Ertragsüberschüsse ausgewiesen und das Eigenkapital wird gemäss Finanzplanung auf rund 26 Mio. aufgebaut. Allfällige, unvorhersehbare zukünftige Belastungen könnten damit für eine gewisse Zeit aufgefangen werden.

Der Stadtrat erhofft sich, dass diese Überlegungen für den Gemeinderat nachvollziehbar sind und er den Stadtrat bei der Umsetzung unterstützt.

Die Details zu den Zahlen sind aus dem Budget 2008 und dem Finanzplan 2008 bis 2012 ersichtlich.

Dem Gemeinderat wird folgender Antrag unterbreitet:

Die Motion von Roger Neukom und 3 Mitunterzeichnern vom 27. Februar 2008 betreffend Einsparungen 2009 von 4,5 Mio. Franken wird abgeschrieben.

**Roger Neukom**, Erstunterzeichner, zur Beantwortung:

Ich nehme in meinem Namen und im Namen der Mitunterzeichneten zur Beantwortung Stellung. An der Ratssitzung vom 19.12.2007 hat die Legislative das Budget 2008 an den Stadtrat zurückgewiesen. Mit der Rückweisung wurde der Stadtrat verpflichtet, auf der Aufgabenseite 2 Mio. Franken im Budget 2008 und 3 Mio. Franken im Budget 2009 einzusparen, d. h. gesamthaft in den folgenden zwei Jahren 5 Mio. Franken. Das erste Ziel hat der Stadtrat auf die zweite Budgetsitzung hin, am 5. März 2008, nicht erreicht. Daher wurde im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung eine Motion eingereicht, welche

den Stadtrat dazu verpflichtet hatte, im Budget 2009 gegenüber dem Budget 2008 auf der Ausgabenseite 4,5 Mio. Franken einzusparen. Dieser Betrag resultierte daraus, dass vom Gesamtbetrag, den geforderten 5 Mio. Franken, bereits im Budget 2008 Einsparungen von rund 500'000 Franken erzielt wurden. Heute, gut zehn Monate später, liegt die Antwort des Stadtrats auf die Motion vor.

Seit der Einreichung der Motion ist einiges gegangen. U. a. wurden auch die „Round-Table“-Gespräche in der Alterssiedlung „Im Tal“ mit zwei Fraktionsvertretenden und der RGPK-Präsidentin vom Stadtrat durchgeführt. Die Motionsantwort des Stadtrats ist sehr umfangreich und ausführlich, wofür ich mich im Namen aller Unterzeichneten bedanke.

Wie der Stadtrat selbst erwähnt, hat er bei der Budgetierung 2009 den Rotstift weiter angesetzt und knapp 2 Mio. Franken aus dem Budget 2009 gestrichen, das sind 40 % des von den Motionären geforderten Gesamtbetrags. Das Ziel wurde also bei weitem verfehlt, obwohl sich die Motionäre bewusst waren, dass der geforderte Betrag sehr ehrgeizig gewählt war. Wo aber keine hohen Ziele gesteckt werden, werden auch keine herausragenden Leistungen erzielt. Nachdenklich stimmt uns, dass der Stadtrat bereits wieder auf Mehreinnahmen bei den Steuererträgen spekuliert und hofft, hiermit die Einsparungen auf der Ausgabenseite, welche die Motionäre gefordert haben, auf diese Art und Weise kompensieren zu können.

Wie wir an der heutigen Budgetdebatte gesehen haben und vor allem durch die bürgerlichen Parteien aufgezeigt wurde, konnte nochmals ca. 500'000 Franken Optimierungspotenzial gefunden und beschlossen werden und dies ohne Leistungsabbau. Leider wissen wir trotz der „Round-Table“-Gesprächen immer noch nicht genau, welche Leistungen wie viel kosten. Eine entsprechende Übersicht wurde immer wieder gefordert, ist jedoch auch in diesem Jahr nicht vorhanden. Wie sich die Wirtschaftskrise auf Adliswil kurz- und mittelfristig auswirken wird, weiss wohl niemand. Daher ist es besonders wichtig am Sparkurs festzuhalten und vor allem auf der Aufgabenseite rigoros zu überprüfen, was, wie, wann und wo nötig ist, was wünschenswert ist oder worauf verzichtet werden kann. Die Einnahmenseite wird sich mit Steuererhöhungen – gerade in wirtschaftlichen unsicheren Zeiten - nicht verbessern. Im Gegenteil: Die Steuerzahlenden haben mit der Steuererhöhung vor einem Jahr schon wesentlich zur Verbesserung der Finanzen beigetragen. Jetzt ist der Stadtrat an der Reihe, weitere unbürokratische Verbesserungen auf der Ausgabenseite durchzuführen. Immer wieder ist auch das Thema im Raum, dass die Strukturen in der Verwaltung nicht stimmen oder die Verwaltung aufgeblasen ist. Der Stadtrat hat es nicht geschafft, diese Vorwürfe glaubwürdig zu widerlegen.

Wir bitten den Stadtrat, weiter daran zu arbeiten, dass Ressort übergreifende Synergien genutzt werden können. Ist er dazu nicht in der Lage, bleibt uns mit der Zeit wirklich nichts anderes übrig, als Leistungen abzubauen. Natürliche Abgänge oder Pensionierung sollen nicht 1:1 ersetzt werden, bevor eine Ressort übergreifende Zusammenarbeit geprüft und wirklich hinterfragt ist, ob die Stelle in diesem Umfang oder in diesem Bereich noch nötig ist.

Wir sind uns alle bewusst, dass wir heute in Bezug auf die Motion Einsparungen 2009 nur noch Vergangenheitsbewältigung machen. Somit steht dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung der Motion grundsätzlich nichts im Wege. Der Stadtrat hat seine Bereitschaft erklärt, den Rotstift anzusetzen, er wird aber ganz klar von sämtlichen bürgerli-

chen Parteien und Fraktionen, welche eine grosse Mehrheit im Parlament bilden, aufgefordert, dies konsequent zu tun.

Der Gemeinderat hat heute gezeigt, dass er seine Kompetenz, das Steuern über die Finanzen in den Globalbudgets, umsetzen kann und auch künftig tun wird, wenn er mit der Finanzpolitik und dem Umgang mit unseren Mitteln durch den Stadtrat nicht einverstanden ist. Heute Abend hat die bürgerliche Mehrheit auch gezeigt, dass sie in der Lage ist, selber Sparmassnahmen zu beschliessen. Will der Stadtrat in Zukunft vermeiden, dass er in dieser Art und Weise durch das Parlament „bloss“ gestellt wird, tut er gut daran, in Zukunft ernsthaft an den Sparbemühungen mitzuwirken. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen im Namen aller Unterzeichneten die Abschreibung der Motion.

### **Beschluss**

Die Motion von Roger Neukom und 3 Mitunterzeichnern vom 27. Februar 2008 betreffend Einsparungen 2009 von 4,5 Mio. Franken wird abgeschrieben:

Zustimmung.

## 5. Änderung der Organisation der gemeinderätlichen Kommissionen

### Antrag der Kommission Reform auf Änderung der Organisation der gemeinderätlichen Kommissionen

**Thomas Iseli, Präsident der Kommission Reform**, stellt den Antrag vor und zeigt auf, wie es dazu gekommen ist. Der Antrag lautet:

#### Ausgangslage

Im Kontext mit der Einführung von NPM im 2003 wurde im damaligen „Schlussbericht der Spezialkommission Reform“ vom 5.3.03 empfohlen, die Organisation der gemeinderätlichen Kommissionen zu ändern. Dies ist bis heute noch nicht erfolgt. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren sukzessive Doppelspurigkeiten zwischen der RGPK und den Sachkommissionen deutlich.

An der Gemeinderatssitzung vom 5.11.08 hat die Kommission Reform u. a. den Auftrag erhalten, eine konkrete Regelung zu den Zuständigkeiten und Aufgaben der RGPK und der Sachkommissionen zu erarbeiten. Die Kommission Reform hat sich mit dieser Frage schon länger befasst und auch die Anzahl Sachkommissionen diskutiert. Dabei hat sie u. a. auch die Organisation anderer Parlamentsgemeinden studiert. In der Folge wurden drei Varianten konkreter skizziert:

- nur eine RGPK
- RGPK plus eine Sachkommission
- RGPK mit Sachkommissions-Erweiterung

Daraufhin haben sich sowohl die Kommission Reform als auch die Fraktionen mehrheitlich für die Variante „RGPK und eine Sachkommission“, die Sachkommission inkl. Strategieaufgaben, und zwar mit Anlehnung an den Legislaturplan des Stadtrates, ausgesprochen.

#### Erwägungen

Die Reduktion von aktuell drei auf eine Sachkommission soll folgendes bewirken:

- weniger Schnittstellen
- einheitliches Arbeiten (bei drei Sachkommissionen ist die Gefahr, dass jede auf ihre Weise arbeitet)
- mehr Auswahl an Fachleuten, breitere berufliche Abstützung
- einfacherer Belastungsausgleich (die verschiedenen Produktgruppen geben unterschiedlich viel Arbeit)
- einfachere Nachfolgeregelung

Die Variante „nur eine RGPK“ (ohne Sachkommission) ist aus folgendem Grund nicht geeignet: Die RGPK hat von Gesetzes wegen Prüfungsaufgaben, und deshalb sollte sie nicht gleichzeitig bei Entwicklungsfragen (Indikatoren, Leistungsziele) mitwirken, sonst könnte sie ihre gesetzliche Aufgabe nicht mehr unabhängig erledigen. Deshalb sollte die Mitgestaltung der Zukunft von einer Sachkommission wahrgenommen werden.

Die Variante "RGPK mit Sachkommissions-Erweiterung" hat aus folgenden Überlegungen keine Unterstützung gefunden:

- zu gross, deshalb schwierig zu führen (insgesamt ca. 13 Mitglieder)
- kompliziert (wann tagt nur die RGPK und wann die RGPK mit Sachkommissions-Erweiterung, Kompetenzenabgrenzung und Inffluss schwierig zu handhaben)
- "Zwei-Klassen-Kommission"

Mitglieder der RGPK sollen nicht gleichzeitig Mitglieder der Sachkommission und umgekehrt sein. Die Aufgabenteilung und die Kompetenzen der anvisierten Variante sollen wie folgt aussehen:

Kommission	RGPK	Sachkommission
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesamt-Budget</li> <li>- Globalbudget Finanzen und Steuern</li> <li>- Leistungsziele Finanzen und Steuern</li> <li>- Investitionsgeschäfte, Rechnungsprüfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Globalbudgets (ausser Finanzen und Steuern)</li> <li>- Leistungsziele (ausser Finanzen und Steuern)</li> <li>- strategische Ausrichtung des Stadtrates prüfen</li> </ul>
Kompetenzen	Antragsrecht im Gemeinderat	Antragsrecht im Gemeinderat
Grösse	9 Mitglieder (wie bisher)	9 Mitglieder (bisher total 15 Mitglieder)

Für beide Kommissionen soll ein detailliertes Pflichtenheft erstellt werden.

#### Zweck der Vorlage

Die im Kontext mit der NPM-Einführung resultierten Doppelspurigkeiten zwischen RGPK und Sachkommissionen sollen beseitigt und deshalb soll die jetzige Organisation der gemeinderätlichen Kommission gemäss den Erwägungen geändert werden.

#### Antrag der Kommission Reform an den Gemeinderat

1. Die drei Sachkommissionen werden auf Beginn der Amtsdauer 2010 - 2014 im Sinne der Erwägungen auf eine reduziert.
2. Sowohl die RGPK als auch die Sachkommission haben je 9 Mitglieder.
3. Mitglieder der RGPK dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder der Sachkommission sein und umgekehrt. Das Ratspräsidium darf in keiner der beiden Kommissionen Einsitz haben.
4. Die Kommission Reform erarbeitet für beide Kommissionen ein detailliertes Pflichtenheft und legt dieses dem Gemeinderat zur Genehmigung vor.
5. Die Kommission Reform bereitet die entsprechende Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates vor.

#### **Carmen Marty Fässler:**

Die SP-Fraktion hat sich die drei Vorschläge von der Kommission Reform genau angeschaut: Für uns ist es die beste Lösung, wenn es nur eine RGPK geben würde. Die Angst, dass eine RGPK nicht sowohl die Prüfungsaufgaben von Gesetzes wegen sowie gleichzeitig bei Entwicklungsfragen mitwirken kann, teilen wir nicht. Die beste Umsetzung wäre

also unserer Meinung nach, die drei Sachkommissionen ganz aufzuheben und nur noch eine RGPK zu haben.

Die Kommission Reform stellt jetzt aber einen anderen Antrag, nämlich eine RGPK plus eine Sachkommission mit jeweils 9 Mitgliedern. Dass die drei Sachkommissionen auf eine reduziert werden, ist sicher mal ein Anfang. Im Antrag steht unter Punkt 4, die Kommission Reform werde für beide Kommissionen ein detailliertes Pflichtenheft erstellen und es dann wieder dem Gemeinderat vorlegen. Die Aufgaben der RGPK sind ja kantonalgesetzlich festgelegt. Leider ist es aber bereits in den vorliegenden Unterlagen überhaupt nicht klar, wie die Aufgaben von RGPK und den Sachkommissionen gegeneinander abgegrenzt werden sollen. Doppelspurigkeiten müssen vermieden werden.

Wir bleiben dabei: Mit nur einer RGPK fallen alle Abgrenzungsprobleme weg. Zudem könnte man einige Kosten (mit Sitzungsgeldern usw.) einsparen. Somit wird die SP den Antrag zur Änderung der Organisation der gemeinderätlichen Kommissionen ablehnen.

### **Beschlüsse**

5.1 Die drei Sachkommissionen werden auf Beginn der Amtsdauer 2010 - 2014 im Sinne der Erwägungen auf eine reduziert:

Zustimmung.

5.2 Sowohl die RGPK als auch die Sachkommission haben je 9 Mitglieder:

Zustimmung.

5.3 Mitglieder der RGPK dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder der Sachkommission sein und umgekehrt. Das Ratspräsidium darf in keiner der beiden Kommissionen Einsitz haben:

Zustimmung.

5.4 Die Kommission Reform erarbeitet für beide Kommissionen ein detailliertes Pflichtenheft und legt dieses dem Gemeinderat zur Genehmigung vor:

Zustimmung.

5.5 Die Kommission Reform bereitet die entsprechende Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates vor:

Zustimmung.

## 6. Abwanderung von Kaderleuten

### Interpellation von Susy Senn betr. Abwanderung von Kaderleuten, Begründung und mündliche Beantwortung

**Susy Senn** stellt die am 20. November 2008 eingereichte Interpellation vor:

„Im neuen, aktualisierten Regionen-Rating des Tages-Anzeigers kann man nachlesen, die Attraktivität Adliswil habe gelitten. Im Vergleich zu den Seegemeinden habe Adliswil den Anschluss verpasst. Besonders Besorgnis erregend ist die Aussage, dass „eine gewisse Abwanderung von Kaderleuten“ beobachtet wird. Eine ähnliche Bilanz konnte man bereits im Rating der BILANZ ziehen.

Aufgrund dieser unvorteilhaften Bemerkungen über unsere Stadt erlaube ich mir, dem Stadtrat folgende Fragen zu stellen:

1. Beobachtet der Stadtrat ebenfalls eine Abwanderung von guten Steuerzahlern?
2. Hat sich die Abwanderung seit der Steuererhöhung in diesem Jahr verstärkt?
3. Was gedenkt der Stadtrat gegen die abnehmende Attraktivität für gute Steuerzahler zu unternehmen?

Aufgrund unseres stark progressiven Steuersystems tragen Gutverdienende überproportional viel zum städtischen Haushalt bei. Gleichzeitig kann sich Adliswil dem Wettbewerb unter den Gemeinden nicht entziehen. Diese Zusammenhänge fordern vom Stadtrat unmissverständliches Handeln.“

#### **Stadtrat Walter Müller:**

Zur 1. Frage:

Ja. Seit 2001 konnte eine Abwanderung festgestellt werden. Diese hat bis 2007 angehalten, ist jetzt mit einem erhöhten Steuerfuss gegenläufig, d. h. wir haben wieder eine Zuwanderung.

Zur 2. Frage: siehe Antwort bei der 1. Frage.

Zur 3. Frage:

Der Steuerfuss alleine bedeutet nicht die Attraktivität von Adliswil. Ich glaube, wir haben andere Vorzüge in Adliswil, die wichtig sind für Steuerzahlende. Aber wir arbeiten selbstverständlich weiter an der Attraktivität von Adliswil.

#### **Susy Senn:**

Ich danke dem Stadtrat für die seriösen Abklärungen. Wenn solche Bemerkungen in Zeitschriften auftauchen, muss man sie ernst nehmen, denn sie tragen sicher zur zunehmenden Attraktivität bei. Ich hoffe, dass der Stadtrat deshalb die Weiterentwicklung im Auge behält.

## 7. Energiebuchhaltung

### **Interpellation von Yannick Wettstein betr. Energiebuchhaltung/Kredit des Stadtrates über 15'000 Franken, Begründung**

**Yannick Wettstein hat am** 26. November 2008 folgende Interpellation eingereicht:

„Seit 1997 trägt die Stadt Adliswil das Gütelabel „Energierstadt“, welches Gemeinden auszeichnet, die eine nachhaltige Energiepolitik verfolgen und sich klare und überprüfbare energiepolitische Ziele gesetzt haben. Alle drei Jahre müssen die ausgezeichneten Gemeinden im Rahmen eines sog. Wiederhol-Audits darlegen, wie und ob die gesteckten Ziele erreicht worden sind.

Infolgedessen hat der Stadtrat im Jahr 2006 einen Kredit über 15'000 Franken für den „Aufbau einer Energiebuchhaltung“ („Ermittlung der erforderlichen Energiekennzahlen sowie Arbeitsvergabe“) bewilligt.

In diesem Zusammenhang stellen sich mir folgende Fragen:

1. Was ist unter einer „Energiebuchhaltung“ zu verstehen?
2. Wie wurde der Kredit konkret eingesetzt? Durch wen wurde der Auftrag ausgeführt?
3. Ist das Projekt bereits abgeschlossen? Welcher Output ist aus den Arbeiten hervorgegangen?
4. Welche Erkenntnisse lassen sich aus der Energiebilanz für die Stadt Adliswil ableiten? Wurde Handlungsbedarf festgestellt? Wenn ja, inwiefern?

Schluss der Sitzung: 22.30

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin